

# Danziger Zeitung



№ 9606.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Betit- zeile oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Abonnements-Einladung.

Abonnements auf die Danziger Zeitung für den Monat März nimmt jede Postanstalt entgegen, sowie in Danzig die Expedition, Kettnerhagergasse No. 4.

**Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.**  
Burg, 25. Febr. Die Bahnverbindung mit Magdeburg ist durch eine weitere gestern Nachmittag erfolgte Dammverweigung wieder gekürzt.

Wien, 25. Febr. Im Abgeordnetenhaus brachte der Justizminister unter allgemeinem Beifall des Hauses einen Gesetzentwurf über die Civilprozessordnung ein. Der Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahn Vielz-Sayusch wurde in dritter Lesung angenommen. — Wie der „Volkfreund“ meldet, wird der neu ernannte Fürst-Erzbischof von Wien sich in der ersten Hälfte des Monats März auf kurze Zeit nach Rom begeben. — Dem Vernehmen nach wird Cardinal Ledochowski am Sonnabend Wien verlassen.

Burg, 25. Febr. Seit gestern Abend 11 Uhr war durch den Abgang des Eisbofes unterhalb Pest eine stetige Abnahme des Wasserstandes eingetreten. Doch ist seit heute früh 5 Uhr der Wasserstand der Donau wieder in langsamem Steigen begriffen; Vormittags um 11 1/2 Uhr hatte derselbe bereits 23 Fuß 5 Zoll über Null erreicht. Die Gefahr ist noch immer groß, weil die Berichte aus der Gegend der unteren Donau ungünstig lauten.

## Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 25. Februar.

Das Haus legt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Kap. 100 wirkt für „Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei“ eine Summe von 120,000 A. aus.

Abg. Hoppe: Ueber den sogenannten Replikationsfonds ist schon so häufig und ausführlich gesprochen worden, daß ich mich näherer Erörterungen enthalten kann. Ich werde gegen die Position stimmen und beantrage deshalb für dieselbe geordnete Abstimmung.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Bei den vielen Klagen über die Replikationswirtschaft habe ich gehofft, daß der Minister sich veranlassen würde, die inneren Replikale abzumachen; aber ich habe mich in meiner Hoffnung getäuscht. Der Minister hat neulich den „Staatsanzeiger“ und die „Provinzial-Correspondenz“ als die einzigen von der Regierung unterstützten Blätter bezeichnet, und die letztere hat uns neulich eine interessante Schilderung von der Thätigkeit des literarischen Bureaus gegeben. Hiernach besteht die eine Aufgabe desselben darin, für die Regierung, den König und seine Minister, Auschnitte aus Zeitungen zu machen. Nun glaube ich, daß das einseitige Vorgehen des Ministers des Innern und seine Unkenntnis über verschiedene Vorfälle in der letzten Zeit es klar bewiesen haben, daß das Bureau in dieser Hinsicht seine Pflicht nicht erfüllt. Eine zweite Aufgabe ist die Bearbeitung von officiellen Zeitungsausschnitten, welche man mit dem Namen „Wachzettel“ zu belegen pflegt und welche durch ein besonderes Zeichen markirt sein sollen. Nun sind diese Zeichen wohl der Redaction bekannt, können aber unmöglich dem Publikum bekannt sein, sonst würde es wohl meistens diese Artikel nicht lesen, von denen man weiß, daß sie doch nur irren leiten und gut sind, Fische abzuwickeln. (Heiterkeit.) Nun glaube ich aber, daß außer den oben erwähnten Blättern noch Provinzialreplikale bestehen, und in welcher Weise für dieselben das Geld verwendet wird, will ich nur an einem Beispiel aus meiner Heimat zeigen. Die sogenannte „Westf. Provinzialzeitung“ ist ein Blatt, das seine Existenz aus Regierungskosten fristet, und wir könnten mit seiner Existenz an und für sich sehr zufrieden sein, da es eine so jämmerliche ist, daß sie unserer Partei nur nützen kann. Daß ein solches Blatt, das an und für sich dem Bankrotte nahe war, offiziell unterstützt wird, finde ich unerhört. Um den Ruin des Blattes aufzuhalten, wurden alle Bürgermeister, Amtleute und Beamten instruirte, dasselbe zu unterstützen, weil dasselbe die einzige nicht ultramontane Zeitung in Westfalen sei. Wir unterliegen dem Blatte gegenüber einem dreifachen Zwange; erstens dem literarischen Zwange, denn alle officiellen Bekanntmachungen werden in diesem Blatte veröffentlicht und dadurch die übrige Presse und bei der geringen Verbreitung der Zeitung vor Allen das Publikum benachtheiligt; zweitens dem Zwange, daß Jeder, der für loyal gelten will, das Blatt halten muß und drittens dem Zwange, das Blatt überall in den Wohnhöfen zu lesen. Soviel ich gehört, erhält das Blatt einen jährlichen Zuschuß von 3000 Thlr. und als dies nicht genigte und es um mehr petitionirte, erklärte selbst der Minister, daß es ihm nicht mehr werth sei. Ich möchte ihn bitten, wenn er die Replikale im Allgemeinen nicht abschaffen will, daß das Geld nicht in so unverantwortlicher Weise verschwendet werde.

Abg. v. Garlinski: Die Klage, welche ich heute vorzubringen habe, bezieht sich auf die Sendung eines Regierungscommissars in die Provinz Westpreußen, um dort die ultramontane und polnische Presse, sowie die Vereine zu überwachen. Es ist dies ein Mißtrauensvotum gegen die Provinz, das ich nicht billigen kann. Der Commissar hat seinen Sitz in Thorn und mischt sich direct in politische Angelegenheiten hinein; die Nachrichten, die über seine Persönlichkeit und seine Carriere in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, sind derartige, daß sie nicht besondere Achtung für ihn erwecken können; und der bessere Theil unserer Bevölkerung betrachtet ihn auch mit größtem Mißtrauen. Seine Amtsfähigkeit besteht hauptsächlich darin, Reserats loszulassen, und da er nicht der Herr einer Schreibstube, die wirklich erkrankt ist. Selbst wissenschaftliche Vereine, landwirtschaftliche Vereine u. werden von ihm nicht verschont.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Grund dieser Maßregel ist der, daß Sie allen Ihren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen den polnischen Stempel aufdrücken; dies Vorgehen wird von der preussischen Regierung als staatsfeindlich bezeichnet. Was Ihre Klage über die Ueberwachung der Vereine anbelangt, so wird in den landwirtschaftlichen Vereinen zum größten Theil

Politik getrieben, und ich habe es daher für gut befunden, dieselben überwachen zu lassen. Auf die Klagen des Hrn. v. Schorlemer-Mst muß ich erwidern, daß es in einer Provinz wie Westfalen, die von Blättern ultramontaner Richtung völlig überschwemmt ist, absolut notwendig ist, daß ein Blatt dort existire, welches dem Volke auch einmal eine andere Richtung zeigt, und deshalb unterstütze ich dies Blatt; je zweckentworfender dasselbe redigirt wird, desto mehr Ruhm für dasselbe.

Abg. Windthorst (Weppen): Trotz der entscheidenden Gründe, welche die Fortschrittspartei neulich gegen den Dispositionsfonds vorgebracht hat, ist derselbe dennoch bewilligt worden, und zwar ist dies dem Zustimmen der Nationalliberalen zu danken. Ich bin überzeugt, daß die Herren auch heute für den Fonds stimmen und dadurch das Geld unnütz verschwendet werden. Ich werde gegen die Position stimmen, aber ich halte es für notwendig zu erklären, daß ich weder dem Gesamtministerium noch dem Minister des Innern dadurch ein Mißtrauensvotum aussprechen will, denn ich weiß sehr wohl, daß ich einen Minister, der schon wackelt, durch ein solches Mißtrauensvotum nur wieder befestigen würde (Heiterkeit), und ich pflege die Pferde nicht hinter den Wagen zu spannen. Was die heute vorgebrachten Klagen anbelangt, so muß ich zunächst dem Abg. v. Garlinski sagen: wenn die Herren in Westpreußen so glücklich sind, nur öffentliche Polizeibeamte zu haben, so können sie sich gratuliren (Heiterkeit), er möge sich doch umschauen, ob nicht noch außerhalb geheime Agenten existiren. Ich bin überzeugt, daß sie vorhanden sind, und es ist ja auch ganz natürlich, daß sie zu einer Regierung, wie die gegenwärtige, gehören. Der Hr. v. Schorlemer wird dem Minister recht dankbar sein, daß derselbe ausdrücklich das vorher erwähnte westfälische Blatt als Regierungsblatt erklärt; wie dies oft gelegentlich worden, und ich weiß nicht, es ist mit der neulichen Erklärung des Ministers in Einklang zu bringen ist, daß das Amtsblatt und die „Provinzial-Correspondenz“ die einzig officiellen Blätter seien. Das muß uns entschieden veranlassen, Umschau zu halten, ob nicht noch mehr derartige Blätter in der Provinz existiren, ich bin davon überzeugt. Das Beste dabei ist, daß diese Blätter überall so schlecht redigirt werden, daß man, wenn man einmal über Laune ist, sich durch die Lectüre wieder zum Humor zurückbringen kann. (Heiterkeit.) Der Artikel in der „Provinzial-Correspondenz“, welcher die Thätigkeit des Hauptbureaus schildert, ist bereits erwähnt worden. Eine Hauptthätigkeit dieses Bureaus scheint darin zu bestehen, Auschnitte für hohe Beamten, für die Minister und den Kaiser zu machen. Nun bin ich der Ansicht, wiewohl die „Provinzial-Correspondenz“ versichert, solche Auschnitte würden ohne besondere Tendenz gemacht, daß dies nicht wahr ist, denn bei der einseitigen Parteirichtung der Regierung ist es psychologisch unmöglich, daß hierbei unparteiisch vorgegangen wird. Ich denke, daß es überhaupt rathsam wäre, daß diejenigen, welche in öffentlichen Dingen maßgebende Beschlüsse fassen, die Tagesliteratur ganz und vollständig verfolgen und sich nicht mit solchen Auschnitten begnügen; wenn man aber nur Auschnitte geben will, dann glaube ich, muß wirklich das Auschnittsbureau unter bessere Controle gestellt werden. Ich muß constatiren, daß nach den interessantesten Entfaltungen der „Provinzial-Correspondenz“ es mir ganz klar ist, weshalb an vielen Stellen Einseitigkeit, Irrthum und falsche Auffassung herrschen. Schließlich möchte ich noch an die Regierung die Bitte richten, daß wenigstens unter den Auschnitten, welche an den Kaiser gegeben wurden, auch die Verhandlungen über die Vorfälle in Münster und in Beziehung auf den „Büffel“ mit eingelegt werden. (Große Heiterkeit.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Maßregel der Zeitungsausschnitte ist eine dringend notwendige für jedes Ministerium. Ich kann doch unmöglich alle Provinzialzeitungen lesen, um zu sehen, ob irgendwo ein Scandal passiert ist. Wenn ich wiederholt erklärte, daß außer dem „Staatsanzeiger“ und der „Provinzial-Correspondenz“ die Regierung kein einziges officiöses Blatt habe, so schließt das keineswegs aus, daß man sich von Seiten der Regierung nicht auch noch für bestimmte andere Blätter besonders interessiert (Hört! Hört! im Centrum) und ihnen eine indirecte Hilfe angedeihen läßt (Hört! Hört!); aber so sehr groß und gewaltig ist denn doch diese Hilfe nicht; wie sollte denn sonst das erwähnte westfälische Blatt in die so ungunstige Lage kommen, betteln zu müssen.

Abg. Jung: Ich will der Regierung gewiß das Recht nicht streitend, durch die Presse zum Volke reden zu können, ich wünsche nur, daß sie dabei den directen unmaskirten Weg beschreite. Schon früher habe ich auf ein Mittel aufmerksam gemacht, das ich für eine der wirksamsten halte, aber noch ist von demselben nirgend Gebrauch gemacht worden. Dieser Vorschlag ist: bei wichtigen Gelegenheiten in den Gemeinden, wo es schwer ist Zeitungen hinzubekommen, öffentlich Anschläge zu machen, die unter der Hut des Gesezes gestellt werden. Dieses Mittel hat jetzt z. B. die bayerische Regierung ergriffen bei der württembergischen Regierung auf die ultramontane Adresse; sie ist in allen Gemeinden angehängen worden. Solche Sachen wirken ganz anders, als so ein indirectes Regierungsblatt mit geheimer Unterstützung. Wer in diesem Culturkampf publicistisch mitgekämpft hat, weiß, wie schwer in die ultramontanen Gemeinden ein gedrucktes Wort hineindringt. Die Herren Pastoren hätten ja solche Orte wie der Hund seine Herde. (Heiterkeit links.) (Wachen im Centrum.) Dies Mittel ist so einfach, so praktisch, so moralisch, daß es sich von selbst empfiehlt. (Beifall links.)

Abg. v. Garlinski beklagt sich über die Thätigkeit des nach Bosen gesandten Regierungscommissars, dem die spezielle Aufgabe obliege, die polnische und ultramontane Presse zu überwachen. — Die Position des Tit. I wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums und eines Theiles der Fortschrittspartei bewilligt.

Zum folgenden Kapitel „Strafanstalts-Verwaltungen“ bemerkt

Abg. Ebert: In der vorigen Session hat das Haus auf meinen Antrag beschlossen, die Regierung aufzufordern: den Strafvollzug vorläufig in Verwaltungsweise in einer Weise zu ordnen, daß dadurch der Vollzug der Strafe im Sinne des Strafgesezbuches sicher gestellt wird. Unter dem 19. Februar d. J. ist darauf eine allgemeine Verfügung ergangen, in welcher anerkannt wird, daß die für die Untersuchungs- und Strafgefäng-

nisse geltenden Regulative theils unter einander nicht im Einklange stehen, theils nicht den Bestimmungen des Strafgesezbuches entsprechen. Zur Beseitigung dieser Mißstände wurde von beiden Ministerien eine Reihe von Bestimmungen erlassen, in denen sowohl in Bezug auf die Gleichmäßigkeit des Strafvollzuges als in Beziehung auf das Zusammenwirken der beiderseitigen Verwaltungen ein erheblicher Fortschritt anzuerkennen ist. Desinitiv kann die Feststellung dieser Bestimmungen erst durch die Gesetzgebung des Reiches erfolgen. Die Verfügung behandelt in vier Capiteln I. die Untersuchungsanstalt, II. die Gefängnisstrafe, III. die einfache Haft, IV. die qualifizierte Haft, das heißt diejenige, welche gegen Landstreicher, Bettler und Arbeitsschene eintritt, und trifft hierüber verschiedene Bestimmungen. Das letzte V. Kapitel bringt Anordnungen über Besuche, Correspondenz, Lectüre und Disciplinarbestrafung der Gefangenen. In Bezug auf das Letztere ist große Milderung eingetreten; aber noch grenzt die Entziehung des Bettlagers nahe an die Latten, und die Entziehung der Bewegung im Freien auf 8 Tage ist eben so bedenklich, wie die Entziehung der Arbeit und Lectüre bei der Einzelhaft, die bei solcher Ausführung die Gefahr der Geistesstörung besonders vermehrt. Nach dem Rescript vom 17. April 1837 müssen derartige Isolirte beschäftigt und täglich in die freie Luft gebracht werden. Unnötig scheint auch, daß die eben gerügten Entziehungen mit Schmälerung der Kost und des Arbeitsdienstes verbunden werden. Es ist nicht wohl absehbar, warum Untersuchungsgefängnisse, sofern keine Collision zu fürchten ist, in der Regel nur alle vier Wochen einen Brief schreiben dürfen, warum sie in ihrer Lectüre beschränkt sein sollen und warum sie nur einmal im Monat Besuche empfangen können. So viel über die allgemeinen Bestimmungen. Die Gefangenen sollen aber nach § 16 des Strafgesezbuches ihren Fähigkeiten gemäß auf ihr Verlangen beschäftigt werden. Darüber hat nur lediglich der Gefängnisvorsteher zu entscheiden. Das ist aber sehr bedenklich. Es heißt dann in § 4: Der Ertrag der von den Gefangenen auf Verordnung des Gefängnisvorstehers verrichteten Arbeiten gebührt dem Staate. Dieser Satz, der meines Wissens so allgemein noch nie ausgesprochen wurde, dürfte sich, sofern der Arbeitsdienst die Unterhaltungskosten der Gefangenen überschreitet, kaum rechtfertigen. In der Regel muß das über das Benutzen der Gefangenen auf Verordnen des Gefängnisvorstehers verrichteten Arbeiten gebührt dem Staate. Dieser Satz, der meines Wissens so allgemein noch nie ausgesprochen wurde, dürfte sich, sofern der Arbeitsdienst die Unterhaltungskosten der Gefangenen überschreitet, kaum rechtfertigen. In der Regel muß das über das Benutzen der Gefangenen auf Verordnen des Gefängnisvorstehers verrichteten Arbeiten gebührt dem Staate. Dieser Satz, der meines Wissens so allgemein noch nie ausgesprochen wurde, dürfte sich, sofern der Arbeitsdienst die Unterhaltungskosten der Gefangenen überschreitet, kaum rechtfertigen. In der Regel muß das über das Benutzen der Gefangenen auf Verordnen des Gefängnisvorstehers verrichteten Arbeiten gebührt dem Staate.

Abg. Röderath: Seit der Zeit, daß meine politischen Freunde das Hauptcontingent der politischen Gefangenen stellen, zeigt sich für dieselben in der liberalen Partei ein sehr geringes Interesse. Nur der Abg. Ebert macht hiervon eine rühmliche Ausnahme. Es ist vor Allen durchaus notwendig, daß alle politischen Gefangenen die Selbstbefähigung bewilligt erhalten und daß diese oft für Leben und Gesundheit der politischen Gefangenen geradezu entscheidende Frage nicht länger der Willkür der Gefängnisdirectoren unterstellt bleibe. Noch unlängst wurde dem Redacteur der „Düsseldorfer Ztg.“ trotz seines dringenden Aufsuchens und trotz aller Versicherungen die Selbstbefähigung verweigert, während neben ihm einem wegen betrügerischen Bankrotts Verurtheilten die Selbstbefähigung gewährt wurde. (Hört! im Centrum.) Ebenso wurde dem Redacteur jegliche Lectüre verweigert, nicht eine einzige Zeitung gestattet. Durch solche Maßregeln wird das Gefängnis für gebildete Leute geradezu zu einer körperlichen und geistigen Tortur gemacht. Politische Gefangene, Leute, an deren Charakter und Gestattung kein Makel haftet, werden gegenwärtig in den preussischen Gefängnissen geradezu mißhandelt.

Geb. Rath Illing: Der Fall in Düsseldorf ist der Regierung nicht bekannt geworden. In einem ähnlichen Fall ist von Seiten des Gefangenen eine Beschwerde an die Regierung ergangen, und diese hat darauf hin die Selbstbefähigung gewährt. Das ist der allein richtige Weg, den die Betreffenden einschlagen sollen. Es ist übrigens in vielen Tagen von Seiten des Ministeriums des Innern und der Justiz eine Verfügung ergangen, durch welche die vorgekommenen Beschwerden wohl zum größten Theil erledigt worden sind. Die Centralverwaltung hat in dieser Verbindung entschieden, daß eine Selbstbefähigung künftig gar nicht mehr statthaben soll (Hört, hört! im Centrum), sondern daß alle Strafgefängnisse, gleichviel ob sie wegen politischer Vergehen verurtheilt oder gemeine Verbrecher sind, dieselbe Gefangenenselbstbefähigung erhalten sollen und daß die sogenannte Mittelkost nur da eingutreten habe, wo von dem Gefängnisvorsteher begutachtet wird, daß die Gesundheit des Gefangenen die gewöhnliche Kost durchaus nicht verträgt. (Lebhafte Widerpruch im Centrum.)

Abg. Lasker: Ich muß mich in diesem Punkte sämmtlichen Klagen anschließen, welche der Vorredner hier geltend gemacht hat, und noch darüber hinausgehen erklären, daß durch die Art, in welcher die Gefängnisverwaltung bei uns gehandhabt wird, gegen den Sinn des deutschen Strafgesezbuches ungleiches Recht ausgetheilt wird. (Sehr wahr!) Als der Vertreter

der Regierung uns mittheilte, es sei ein Regulativ ergangen, welches den Beschwerden abhelfen sollte, so habe ich geglaubt, daß heute nur eine thatsächliche Mittheilung der eigenen Ansicht nöthig sein würde; die Probe, die er uns aber aus diesem Regulativ gegeben hat, beweist mir, daß die Regelung nach der Rente hin stattgefunden hat, und daß wir, statt wirklich im Geiste des Gesezes die Strafen bandhaben zu lassen, den Trost erhalten, daß alle unter eine gemeinam schlechte Behandlung gebracht werden sollen. (Sehr richtig!) Ich habe die Antwort, die man uns früher gab, daß man in den Gefängnissen vor allem auf Gleichheit der Geseze sehen müsse und deshalb eine verschiedenartige Behandlung nicht zu gestatten sei, nur als ein Nothbehelf betrachtet auf die Grundlätze, welche das Strafgesezbuch ausgeführt wissen will. Neulich habe ich in der Zeitung gelesen, daß eine Frau, die ich weiß nicht wofür, verurtheilt war, als sie die ihr überwiesene Arbeit nicht leisten wollte, weil sie die Mittel zur Selbstbefähigung nicht hatte, im Disciplinarwege mit einer vierzehntägigen Strafe bei Wasser und Brod bestraft wurde, nur unterbrochen an einzelnen Tagen durch warme Kost. Bei der Beratung des Militärstrafgesezes waren wir darüber einig, daß die Behandlung, welche dem strengen Arrest gleichkommt, eine grausame ist und kaum von dem kräftigsten Menschen ertragen werden kann. Man wollte den Gebrauch dieses gefährlichsten aller Strafmittel rechtfertigen durch die in der Armeethat notwendige strenge Disciplin. Es ist also ein Unterschied, ob jemand zur Selbstbefähigung verstatet wird oder nicht. Wird ihm die Selbstbefähigung nicht gestattet, so wird die Gefängnisverwaltung ihn zu jeder beliebigen Arbeit anhalten mit den nöthigen Disciplinarfolgen, die in dieser Strenge in keinem Civilgefängnis vorkommen dürften und namentlich nicht gegen eine schwache Frau. Wird Jemand ist zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, so hängt es nur von dem Gefangenenaufseher und in letzter Instanz vom Decernenten des Ministeriums des Innern oder des Justizministeriums ab, ob dem Verurtheilten Selbstbefähigung gestattet wird oder nicht, und ob dadurch seine Lage eine freiere und bessere ist oder nicht. Und so kann der Richter zu einer Strafe verurtheilt, die viel härter ausfällt, als er sie nach dem Sinne des Strafgesezbuches vor Augen haben konnte. Der Minister sagt zwar, daß die Gefangenen sich nur bei dem Justizminister zu beschweren brauchen; aber darüber vergehen vierzehn Tage, bis eine Antwort kommt, und inzwischen ist der Mann unwürdig behandelt worden. Diese wichtige Frage nach der Gestalt des Gefängnisses in seiner Ausführung ist nicht Angelegenheit der Verwaltung, sondern Sache des Gesezes. Nun meinte der Vertreter der Regierung, die Verwaltung dürfe nicht zwischen politischen und nicht-politischen Vergehen unterscheiden, da ja das Gesez dieses auch nicht thue. Ich frage aber, wie will die Regierung die Thatsache rechtfertigen, die der Abg. Röderath uns so eben vorgebracht hat, daß in demselben Gefängnisse einem betrügerischen Bankrotter die Selbstbefähigung gestattet wird und einem, der nur eines Preßvergehens, eines politischen Vergehens, sich schuldig gemacht hat, die Selbstbefähigung nicht gestattet ist? (Sehr wahr!) Wir sollten doch nicht vergessen, daß politische Gefangene, wenn sie auch nicht unserer Partei angehören, doch immer für ideale Interessen und nicht wegen Eigennutts und Selbstsucht in den Kampf eingetreten sind. Wir müssen diese Sache durchaus durch ein Gesez regeln; denn die Frage der angemessenen Behandlung, insbesondere derjenigen, die wegen Preßvergehens oder politischer Verbrechen mit Gefängnis bestraft worden sind, ist zu einer Frage der nationalen Ehre geworden. (Sehr richtig!) Jeder Mensch im Lande weiß, daß die Stellung desjenigen, der ein politisches Vergehen begangen hat, wenn nicht eine unehrenvolle Bestimmung damit verbunden ist, eine andere ist, als desjenigen, der sich eines gemeinen Verbrechens schuldig gemacht hat; und das muß im Geseze seinen Ausdruck finden, und die Anwendung des Gesezes ist eben die Vollstreckung der Gefängnisstrafe, welche wir im Geiste des Gesezes gehandhabt wissen wollen und nicht gegen das Gesez. (Beifall.)

Geb. Rath Illing: Daß diese Frage gesetzlich geregelt werde, wünscht Niemand lebhafter als ich und ich erkenne dabei alle die Gründe, die der Abg. Lasker vorgeführt hat, mit Freuden als die meinigen an. (Gelächter.) Wenn die neu erlassene Verordnung ausdrücklich sagt, die bisher facultativ gestattete Selbstbefähigung wird aufgehoben, es haben alle Gefangenen die gewöhnliche Gefangenenselbstbefähigung zu genießen, auf Gutachten des Gefängnisvorstehers kann aber denen, deren Gesundheit unter jener Kost schwer leiden würde, die sogenannte Mittelkost gewährt werden, so frage ich: ist das wirklich ein Fortschritt nach der Rente? (Ruf im Centrum: Gewiß! Ja wohl!) Ich fürchte, wir sind auf dem Wege, mit der Humanität viel zu weit zu gehen. (Abg. Windthorst (Weiffel): Sehr wahr.)

Abg. Windthorst (Weppen): Ich habe diesen neuesten Erlass des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern über die Strafanstaltsordnung mir so eben auf einen Augenblick leihweise verschafft, und nachdem ich seine Hauptbestimmungen gelesen, nehme ich keinen Anstand hier laut und öffentlich vor dem Lande zu erklären, nicht allein, daß er in der That ein Fortschritt nach der Rente hin, sondern daß er eine flagranteste Gesezesverletzung ist. Während das Strafgesezbuch in § 16 ausdrücklich die Gefangenen „kaum“ auf eine feiner Kenntnissen und seiner Bildungsstufe entsprechende Weise beschäftigt, diese Beschäftigung also als facultativ hinstellt, führt der neue Erlass geradezu die obligatorische Zwangsarbeit ein und überläßt eine Ausnahme davon nur in ganz besonderen Fällen der Willkür des Gefängnisdirectors. Die bisher den politischen Gefangenen gestattete Selbstbefähigung wird mit einem Federstrich aufgehoben, und dann fragt uns wie zum Hohn der Regierungscommissar noch, ob das etwa ein Fortschritt nach der Rente sei? Die achtungswürdigsten Männer, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung in das Gefängnis gehen, werden in der Beschäftigung, in der Zwangsarbeit und der genen Behandlungsweise den Müllern, Rüberrn und Spitzbuben völlig gleichgestellt, und das nennt die Regierung eine Abhilfe unserer langjährigen, immer wiederholten Beschwerden? Ich muß sagen, mein ganzes Innere ist empört über diesen Ausweg der Sache. Nun sagt die Regierung natürlich, man dürfe ja die Humanität nicht zu weit treiben und das sprach sie aus, wie ich hier vor dem Lande constatiren muß, unter dem ganz besonderen leb-

haften Beifall des Abg. Windthorst-Bielefeld. Ich meinerseits nenne diese Behandlungsweise politischer Gefangenen eine unwürdige, eine in jedem anderen civilisirten Staate unmögliche. Ich will die Humanität unter allen Umständen gewahrt wissen, und ich meine, dieser Satz sollte gelten auch in Bielefeld. Nach diesem neuesten Erlaß kann Jeder, der wegen des geringsten Preßvergehens verurtheilt wird, von dem Gefängnis-Director zu den niedrigsten Zwangsarbeiten angehalten, er kann geradezu gemißhandelt werden; ich frage: ist das im Sinne des § 16 des Strafgesetzbuches, und ist das Humanität, Herr Abgeordneter für Bielefeld? (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Geb. Rath Illing: Was die niederen Arbeiten betrifft, worunter besonders die Reinigungsarbeiten der Zimmer, Canäle u. s. w. zu verstehen sind, so sind die Fälle schon vorgekommen, wo Sträflinge sich darüber beklagten, warum sie denn für andere diese Arbeiten verrichten sollten, warum man nicht die Literaten, die nebenan saßen, dazu heranzöge. Diese Frage muß doch endlich einmal entschieden und geordnet werden.

Abg. Röckerath: Die Thatsache in Betreff des wegen betrügerischen Bankrotts Verurtheilten in Düsseldorf, dem die Selbstbefähigung gestattet wurde, während sie der wegen Preßvergehens verurtheilte Redacteur, ein hochgebildeter Mann und Universitätsfreund von mir, nicht erhielt, ist durchaus authentisch.

Abg. Lasker: Der Vorwurf einer zu großen Humanität oder Idealität kann ich nur in die Region der Stichwörter verweisen. Es wurde mir derselbe Vorwurf entgegengehalten, als ich gegen das Attentat protestirte, welches im Reichstage durch die Strafnovelle gegen das Strafgesetzbuch beabsichtigt wurde. Wie kann ein solcher Vorwurf gerechtfertigt werden, wenn man einfach verlangt, daß die Strafvollstreckung gesetzlich geregelt und im Sinn und Geiste des Gesetzes vollführt werde? Wenn ein betrügerischer Bankrotteur besser behandelt wird, als ein wegen Preßvergehens Verurtheilter, so ist das eine offene Fälschung des Gesetzes (Sehr wahr! im Centrum) und dagegen muß ich Protest einlegen und werde mich dabei nicht klümmern um den billigen Vorwurf, daß ich die Humanität zu weit treibe. Ich kann nur dringend wünschen, daß dieser neue Erlaß, über den ich mich jetzt noch des Urtheils enthalten will, möglichst bald veröffentlicht werde. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Minister Graf zu Eulenburg kann nur dringend bitten, die Debatte über diesen Gegenstand hier abzu- brechen und auf eine andere Gelegenheit zu verschieben, da er das dringende Interesse habe, daß der Justizminister und dessen Commissare dabei anwesend seien.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich begrüße formell, auch ohne in die materielle Prüfung des Erlasses einzugehen, die Thatsache als einen Fortschritt, daß zwischen den beiden interessirten Ministerien ein gemeinsames Regulativ vereinbart ist, welches an die Stelle der verschiedenen oft einander widersprechenden Verordnungen tritt. Eine Gesetzesverlesung, wie sie der Abg. für Meppen dem Erlaß zur Last gelegt hat, ist doch nicht erwiesen. Jeder von uns wird eine möglichst humane Behandlung der Gefangenen wünschen, aber es muß mich sehr Wunder nehmen, daß der Abg. Lasker der Regierung den Rath ertheilt, im Wege der Verordnung einen Unterschied zu machen zwischen den Gefangenen (Abg. Lasker: Das steht im Strafgesetzbuch) bevor die Materie durch ein Gesetz geregelt wird. Ich halte das Strafgesetzbuch trotz der Waterschaft des Abg. Lasker für ein sehr mangelhaftes Werk. Bei der Revision der Gefängnisordnung oder des Strafgesetzbuches nach dieser Richtung hin würde ich dafür sein, schon im Gesetze eine besondere Straftat für politische und Preßgefangene zu bestimmen, aber in dem immer zunehmenden Drange nach humaner Behandlung der Gefangenen sehe ich trotz dem Abg. Lasker eine große Gefahr. Ich komme als Strafrichter fast täglich mit Gefangenen in Berührung und kann constatiren, daß abgesehen von einigen schlechten Beamten, welche ihre Instruktionen überschreiten, keiner die Gefangenen inhuman behandelt. Bei einer allzu humanen Behandlung liegt die Befürchtung nahe, daß der Zweck der Strafe aufgehoben wird.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Abgeordnete für Bielefeld hat besonders die Humanität des Regierungerlasses hervorgehoben. Ich muß gestehen, daß es mein innerstes Gefühl empört, wenn man es als einen Greß der Humanität hinstellt, daß politische Gefangene nicht so behandelt werden sollen wie gemeine Verbrecher. Wenn der Abg. Windthorst im Namen seiner politischen Freunde gesprochen hat, dann muß sich mein Unwillen auch gegen diese richten. Bei seiner Auffassung der Strafrechtseinführung der Abgeordnete Gebrüder, zum Redacteur der nächsten Strafgesetznovelle auszuweisen zu werden. (Seitertzeit.) Die Ansicht ist irrig, daß die Verbrecher durch schwere Strafen verhärtet werden, die Abschreckungstheorie ist falsch.

Abg. Lasker: Der Abgeordnete für Bielefeld hat meine Aeußerungen entstellend wiedergegeben und behauerlicher Weise auch aus liberalen Kreisen eine Stimme erhoben, daß in unserem Strafrecht eine krankhafte Humanität herrsche. Er behauptet, auch er wünsche möglichst große Humanität, jedoch dürfe dieselbe nicht so weit gehen, daß eine Gefahr für die Gesellschaft entstände. Er sagt, der arme Mann trägt es schwer, wenn nach meinen Wünschen der Spitzhahn aus seinen Steuern besser lebe, als er selbst es könne. Habe ich nicht ausdrücklich gesagt, man müsse unterscheiden nach der Person und es sei ungerecht, den betrügerischen Bankrotteur besser zu behandeln, wie den politischen Gefangenen? Sind also die Behauptungen des Abg. Windthorst wahr? (Widerpruch des Abg. Windthorst.) Ich habe sie wörtlich nachgeschrieben und bitte, im stenographischen Bericht an dieser Stelle nichts zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe dafür so viele Zeugen, daß es das klare Sonnenlicht wegleugnen hiesse, daß in Abrede zu stellen. Der Abgeordnete für Bielefeld ist auch wenig vertraut mit den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch und es wäre besser gewesen, er hätte dieselben vorher gelesen. Ich muß die Ehre ablehnen, daß das Strafgesetzbuch mein Werk sei, eine Behauptung, die in den Regierungsorganen jetzt oft wiederkehrt, seitdem Veränderungen im Strafgesetzbuch beliebt werden. Es ist das eine Ehre, die man Jemandem aufbringt, um ihn für das verantwortlich zu machen, was einem nicht gefällt. Hätte der Abg. Windthorst ein Strafgesetz gemacht, so würde er nach seiner Ausführung in demselben die Straftaten specialisirt haben. Er hätte in den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch lesen können, daß ich wiederholt das Strafgesetzbuch als unvollkommen bezeichnet habe, weil uns ein Gefängnisgesetz fehlt und habe die Frage angeregt, ob es angezeigt sei, ein Strafgesetz ohne dieses zu geben. Die Regierung machte damals geltend, daß wenn wir mit dem Strafgesetzbuch bis zur Lösung dieser äußerst schwierigen Aufgabe warten wollten, dann würde Deutschland noch auf Jahre hinaus eines einheitlichen Strafgesetzes entbehren. Wir erkannten das an und so kam der Wortlaut des § 16 zu Stande, welcher im Wege der Verwaltung die vorläufige Anordnung der Sache gestattet. Nun wirft mir der Abg. Windthorst vor, ich forderte eine Verordnung, wo der liberale Standpunkt ein Gesetz verlangte, während mein erstes Wort heute das Verlangen nach einem solchen Gesetze war und zugleich mein letztes, das der Regierungs-Commissar hierin vollständig mit mir übereinstimmte. Ich will aber bis zum Erlaß des Gesetzes nicht Anarchie, sondern Verordnungen im Geiste des Gesetzes. Wenn das nicht einleuchtet, dann ist die Sprache überflüssig und dient nur dazu, uns zu verwirren. Der Abgeordnete für Bielefeld wird nach mir sprechen, über krankhafte Humanität klagen und mir Bruch des liberalen Prinzips

vorwerfen, ich werde nicht mehr darauf antworten, sondern die Beurtheilung Ihnen überlassen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Dem Abgeordneten für Meppen kann ich erklären, daß ich nicht im Namen meiner Partei gesprochen habe, daß aber meine Ansichten wohl viele Anhänger unter meinen Parteigenossen finden werden. Auf die letzte Aeußerung des Abg. Lasker, ich würde nach ihm sprechen, ihm krankhafte Humanität und Bruch des liberalen Prinzips vorwerfen, erwidere ich, daß es ein Gebiet giebt, auf welchem er nach der Meinung des ganzen Hauses Meister ist, auf dieses werde ich ihm nicht folgen. Auch kann ich es nicht billigen, wenn er den Mitgliedern bösen Glauben und böswillige Einstellung seiner Aeußerungen vorwirft.

Der Vicepräsident Hanel constatirt, daß eine derartige Behauptung vom Abg. Lasker nicht gebraucht sei, denn dieselbe würde unfehlbar einen Ordnungsruf des Präsidenten nach sich gezogen haben. — Persönlich bemerkt Abg. Dr. Lasker, daß er ebenso wenig daran gedacht habe, dem Abg. Windthorst mala fides und wissenschaftliche Entstellung seiner Aeußerungen zur Last zu legen, wie er es gesagt habe. — Die Position wird bewilligt.

Zu Kap. 102 Tit. 2 (Zur Unterstützung hilfsbedürftiger ehemaliger Krieger aus den Jahren 1806/15 1848/90 M.) beauftragt der Abg. v. Bonin dem Text des Tit. 1 Kap. 102 zuzufügen: „sowie der von solchen hinterlassenen hilfsbedürftigen Wittwen und Kinder“ und den Antrag der Budgetcommission zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt der Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Baugeschäft, der in der Einnahme mit 1 148 778 M. an dauernden Ausgaben mit 10 000 000 M. abschließt. Dazu liegt Seitens der Abgg. Dohrn und Gen. der Antrag vor: Tit. 5 der Einnahmen, Tit. 1-6, Kap. 67 der ordinären und Kap. 8 Tit. 41 der extraordinären Ausgaben, welche sämmtlich die Bau-Akademie zu Berlin betreffen, der Budgetcommission zur Vorberatung zu überweisen. Die Abgg. Lasker und Berger beantragen, diesen Titeln noch die Tit. 8 und 9 der Einnahme, ferner die Tit. 1 und 2 des Kap. der dauernden und Tit. 52 des Kap. 8 der einmaligen Ausgaben, welche von der Gewerbe-Akademie in Berlin und der polytechnischen Schule in Hannover handeln, hinzuzufügen. — In Besichtigung dieses Antrages verweist der Abg. Lasker auf die gegenwärtige Organisation der drei vorgenannten Anstalten, die ungewöhnlicher Weise verschiedenen Abtheilungen des Ministeriums unterstehen, während sie besser einer einheitlichen Verwaltung unterstellt würden, wie sich denn die Vereinigung der hiesigen Bau- und Gewerbe-Akademie zu einer polytechnischen Lehranstalt seines Erachtens durchaus empfehle. — Abg. Miquel erachtet mit dem Moment der Uebertragung des Chausseebaus auf die Provinzen überhaupt die Zeit zu einer Reorganisation des Bauwesens gekommen. Seiner Ansicht nach kann ein Baumeister heute nicht mehr in allen Zweigen des Bauwesens theoretisch und praktisch ausgebildet sein (Zustimmung), vielmehr wird eine richtige Ausbildung nur durch Trennung des Architekten vom Ingenieur möglich sein. Auch würden die gegenwärtigen Räume der hiesigen Bauakademie wohl ausreichen, wenn man sie auf die Unterrichtsziele auf dem Gebiete der Architektur beschränkte. — Abg. Wehruppenig wünscht insbesondere eine Auffklärung über die auffallende Thatsache, daß von dem im Jahre 1874 zum Umbau der Bau-Akademie bewilligten 60 000 Thlr. nur ein kleiner Theil in jenem Jahre verwendet, 1875 dafür aber mehr als das Doppelte verbräucht worden sei, ohne daß die Lehrkräfte wirklich erheblich erweitert worden wären. — Handelsminister Achenbach ist mit der commissarischen Berathung der Positionen durchaus einverstanden und wird alles dazu erforderliche Material bereitwillig unterbreiten. Die Frage der Reorganisation des Bauwesens ist nicht allein eine technische, sondern auch eine Finanzfrage, dieselbe würde übrigens voraussichtlich ihre Lösung im Sinne des Abg. Miquel finden. Der Umbau der Bau-Akademie wird einen Zuwachs von 126 Lehrplätzen ergeben. — Abg. Wehruppenig ist durch die erhaltene Antwort nicht befriedigt und wird vom Geheimrath Maclean auf die in der Budgetcommission zu gebende Aufklärung verweisen. — Die Anträge Lasker und Dohrn werden hierauf angenommen.

Kap. 66 enthält die Beschlüsse der Bezirks- und Districtsbeamten; darunter unter Titel 2 die Gehälter von 212 Bau-Inspectoren und 285 Kreis-, Land- u. s. w. Baumeistern. Abg. Dohrn bemerkt, daß bei der bevorstehenden Neuorganisation der Organisation und der voranschreitenden Reduktion der Beamten, welche nach dem Uebertrag des Chausseebaus auf die Provinzen zu ermöglichen sein werde, die hier vorgeschlagene Beförderung von 4 Kreisbaumeistern zu Bau-Inspectoren nicht indirect erscheine, weshalb er vorschlägt, nur 208 Inspectoren und 289 Kreisbaumeister zu bewilligen. Auf den Antrag des Abg. Hammer wird die Position an die Budgetcommission verwiesen.

Zu Tit. 10 (zur Unterhaltung der Seehäfen und Seeufer, Dünen, Leuchttürme u. s. w.) beantragt Abg. Dohrn die Regierung aufzufordern: 1) beim Reiche dahin zu wirken, daß die Verwaltung der gesammten Seeschiffahrtszeichen an den deutschen Küsten von den Einzelstaaten an das Reich übergehe. 2) schleunigst mit der Einrichtung von Nebensignalen an den gefährlichsten Punkten der preussischen Küsten vorzugehen.

Abg. Rickert bringt zur Sprache, daß die für den Hafen von Neufahrwasser ausgelegte Summe zu gering sei. Es fehlten ca. 400 000 M. Ebenso sei es in Bezug auf andere Häfen. Wichtige Verkehrsinteressen würden dadurch geschädigt. In Neufahrwasser sei, seitdem der Etat aufgestellt, die Kaimauer am linken Ufer des Hafenskanals vor dem Bahnhof unerwarteter Weise eingestürzt und dadurch seien die besten Bösch- und Ladeplätze beim Verkehr entzogen. Dadurch sei ein Nothstand eingetreten. Durch den dringenden nöthigen Anbau der Kaimauer würden die im Etat ausgelegten Mittel den Hauptzweck der Fortsetzung der Arbeiten am Hafenbassin, entzogen. Die dafür disponible Summe sei sehr gering. Es sei dringend nöthig, daß hier Abhilfe geschehe, zumal mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung eines Theiles der Marienburg-Mawraer Bahn. Der dauernde Mangel ausreichender Bösch- und Ladeplätze im Hafen könnte für den Danziger Handel verhängnisvoll werden. Wenn sich in den laufenden Etatsmitteln keine Deckung biete, so müsse man wie in anderen Ländern auf außerordentliche Deduction (durch eine Anleihe oder durch Vorschüsse bei den Beständen) denken. Er bitte den Herrn Handelsminister, noch in dieser Session die Sache zu erwägen. Man könne gleichzeitig auch die dringenden Bedürfnisse der andern Seehäfen befriedigen.

Abg. Dohrn weist zur Begründung seines ersten Antrages auf die Mangelhaftigkeit der Beleuchtung der deutschen Küsten hin. Allerdings steht dem Reiche die Controle über die Seehäfen und Leuchttürme zu, es sei aber von anderen Gebieten her bekannt genug, wie gering der Effect einer solchen Aufsicht gegenüber einzelnen reitenden Staaten, wie Mecklenburg, sei. Uebertrage man die Verwaltung des Leuchtungsweesens selbst auf das Reich, so gewähe man die Möglichkeit, nicht allein für einheitliche Normen auf diesem Gebiete zu sorgen, sondern auch eine Reihe internationaler Verwaltungsangelegenheiten viel kürzer zu erledigen, als dies jetzt möglich sei. Was den zweiten Antrag betreffe, so müsse er darauf hinweisen, daß die dichten Nebel für die Schifffahrt eine viel größere Gefahr bilden, als der heftigste Sturm. Schon seit längerer Zeit sei in Nordamerika und in England die Küste mit kleinen Dampfmaschinen versehen, die den Schiffen Warnungssignale geben, bei uns befinden sich nur eine

einige derartige Einrichtung am Eingang des Kieler Hafens. Die Behauptung, daß man erst Veruche machen müsse, welches die zweckmäßigste Art dieser Nebelsignale sei, könne nicht gelten, denn einerseits würden in Kiel solche vergleichensweise Veruche gar nicht angefertigt, andererseits habe man in England unter Zuziehung des berühmten Physikers John Tyndall bereits die umfangreichsten Experimente gemacht, und diese Frage definitiv entschieden. Ueberdies habe man an der Berliner Universität eine bekannte Autorität auf diesem Gebiete, Professor Helmholtz, der im Stande sei, sofort die nöthige Auskunft über die zweckmäßigste Art jener Dampfsignale zu geben. — Reg.-Commissar: Die Frage mit den Nebelsignalen ist durchaus noch nicht entschieden. Amerika ist am meisten in der Lage gewesen, sie zu prüfen. England hat sich durch eine nach Amerika gesandte Commission von der Wirksamkeit überzeugen wollen, hat es dem aber für angezeigt gehalten, noch spezielle Veruche im Jahre 1873 und 1874 anzustellen. Die Erfolge waren derartig, daß man durchaus noch zweifelhaft blieb; man ließ im Etat 12 Stationen bewilligen, befiel sich aber alle speziellen Maßregeln noch vor. Frankreich hat sich in Bezug auf die Nebelsignale sehr zurückgehalten und vorläufig nur zwei Stationen errichtet. Unter diesen Umständen sind wir ebenfalls mit Vertheilung erst vorgegangen, um nicht unnöthige Kosten herbeizuführen. — Handelsminister Achenbach: Von meinem persönlichen Standpunkte aus würde ich, wenn sich die Veruche bewährten, nichts gegen die Ausführung einzuwenden haben, doch würde es mir zweifelhaft sein, ob und wie weit wir in dieser Beziehung vorgehen können, da einerseits die technische Verwaltung vorläufig fehlt, weiterhin aber das Reich am besten einheitlich vorgehen kann, wie es ja nach den Anträgen im Reichstage die Ermächtigung hat. Im Uebrigen ist in den letzten Jahren von Seiten der Regierung Alles gesehen zu Verbesseung der Leuchttürme, des Leuchtweesens u. s. w., wie es überhaupt möglich war, und wenn ich dem Hause eine Karte vorlegen könnte, so würden Sie finden, daß die ganze preussische Küste mit Ausnahme eines ganz kleinen Theiles beleuchtet ist. — Der Titel geht auf Antrag des Abg. Dr. Dohrn an die Budgetcommission. — Nächste Sitzung Sonnabend.

### Danzig, den 26. Februar.

Während der Reichstagsession verhielten sich die Ultramontanen schweigend, weil sie auf einen Riß zwischen der Regierung und der parlamentarischen Majorität hofften, in den sie mit beiden Fäden zugleich hinzuzupringen gedachten. Jetzt haben sie schon eingesehen, daß sie sich vergeblich erboten haben, über den Stock zu springen; es ist Niemand da, der ihnen diesen in der gewünschten Weise vorhält. Im Abgeordnetenhause ist darum ihre Lösung: kein Tag ohne Culturkampf! Beim Etat über die „allgemeinen Ausgaben im Interesse der Polizei“ brachte der Abg. v. Spörlemeyer gekernt abermals das Thema von der officiellen Presse auf das Tapet. Er sowohl wie Windthorst-Meppen bedachten dabei den Minister des Innern mit guten Rathschlägen und reichlichen Rathschlägen, Graf Eulenburg schien sich davon aber nicht sonderlich verletzt zu fühlen. Der Abg. v. Carlinski beklagte sich über die Ueberwachung der polnischen Presse und der polnischen Verein in Westpreußen durch Herrn Rex, einst Bürgermeister in Kruschwitz, der Heimath der Pfaffen, dann Redacteur der entlassenen „Spener'schen Zeitung“, als diese „in erster Linie interessant“ war, jetzt Special-Commissar in Westpreußen zur Ueberwachung der polnischen Bewegung. Wenn sich Herr v. Carlinski über die Beurlaubung des Herrn R. beklagte, so werden wir dabei nicht betraffen, bei uns haben die uns mehrfach angebotenen Berichte nicht Aufnahme gefunden. Wir bekämpfen gleichfalls energisch die uns früher von der Regierung und ihren Organen aufgepöpelten Sonderbestrebungen unserer Landleute polnischer Zunge, aber wir haben eine Abneigung gegen Alles, was nach Geheimpolizei u. dergl. schmeckt. Bei der Abstimmung votirte gegen die oben genannte Position außer dem Centrum auch die Fortschrittspartei.

Zu einer sehr langen und theilweise sehr erregten Debatte gab im weiteren Verlauf der Sitzung die Gefängnisverwaltung Anlaß. Im Grunde drehte sich die Frage um das Postulat, daß politische Gefangene nicht nach den gleichen Normen zu behandeln seien, wie gemeine Verbrecher. Der Abg. Lasker verteidigte diese Forderung, indem er darauf hinwies, daß eine verschiedene Behandlung der Gefangenen je nach ihrem besonderen Charakter und ihren besonderen Verhältnissen durchaus im Sinne des Gesetzes liege. Dies hätte auch durch ministerielle Anordnung verfügt werden müssen; im Uebrigen werde sich auch eine entsprechende gesetzliche Regelung nicht umgehen lassen. Der Reg.-Commissar Geb. Rath Illing zeigte sich damit einverstanden, doch hielt derselbe dem Vorredner entgegen, ob man nicht wohl heutzutage mit der Betonung des Humanitätsprinzips zu weit gehe. Dagegen vermahnte sich denn der Abg. Lasker, indem er zugleich an die Vorwürfe erinnerte, welche bei Gelegenheit der neulichen Reichstagsverhandlungen ebenfalls wegen angeblich übertriebener Hervorhebung des Humanitätsprinzips gegen ihn gerichtet worden seien. Indes nahm der Abg. Windthorst-Bielefeld den vom dem Reg.-Commissar eingeschlagenen Weg wieder auf; bei der Debatte, die sich an seine Bemerkungen knüpfte, vertrat dieser Abgeordnete, welchen der verstorbene v. Hoover zu seinem Nachfolger in der Führung der Fortschrittspartei auszuweisen hatte, nicht den liberaleren Standpunkt, sondern der Nationalliberale Lasker war es, der gegen den Fortschritt nach der Richtung der Alles ausgleichenden Mitte hin energisch Bewahrung einlegte. Eine während der Discussion erwähnte Instruktion des Ministers des Innern und des Justizministers soll zur Verhandlung kommen, wenn der Justizminister zugegen sein wird. — Das Haus trat schließlich noch in die Berathung des Etats des Handelsministeriums ein, welche u. A. dem Abg. Rickert Veranlassung gab, für die im Etat vernachlässigten Hafenbauten von Neufahrwasser einzutreten.

Die heute erfolgende erste Berathung des Syndicalordnungsgesetzes wird über das schließlichige Schicksal der Vorlage kaum schon hinreichenden Aufschluß geben. Höchstens wird sich die Position des Centrums, welche bis jetzt vollkommen dunkel ist, etwas deutlicher markiren. Vollständig klar werden die Ansichten erst in der Commission hervortreten. Diese Commission soll aus 21 Mitgliedern bestehen.

Von Seiten der freiconservativen Partei steht eine Interpellation wegen Beseitigung der Patronate bevor. Der Tendenz derselben werden wohl alle Parteien sich anschließen, da es für die fernere Entzweiung der kirchlichen Gemeinden

Voraussetzung ist, daß dieselben von der Vormundschaft des Patronats befreit und in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten, Wahl der Pfarren u. s. w., selbstständig gestellt werden.

Wir mochten kürzlich nach der „Land- und forstw. Ztg.“ Mittheilung von den Bestrebungen des landwirthschaftl. Centralvereins und des Landraths des Kreises Merzig im Regierungsbezirk Trier, ostpreussische ländliche Arbeiter in Massen nach den Rheinlanden zu schaffen. Heute geht uns nun ein ultramontanes Trierer Blatt, die „Trierische Landeszeitung“, unter Kreuzband zu, welches den Landrath Knebel wegen jenes Schrittes heftig angreift. Das ultramontane Blatt geht freilich nicht ganz sachlich vor, es hat auf den Landrath wegen des „Culturkampfes“ einen Groß; aber es geht doch so viel aus seinen Ausführungen hervor, daß dort gar nicht mehr große Noth an ländlichen Arbeitskräften ist. Die „Trier. Landeszeitg.“ schreibt u. A.: „Wer auch immer die Mitglieder des rheinischen landwirthschaftlichen Centralvereins zu Merzig sein mögen, in deren Auftrag der Herr Landrath geschrieben hat, ihr Vorhaben ist nicht nur kein gutes, sondern ein durchaus verwerfliches. Dasselbe kommt erstens zu spät. Wir hatten in dieser Gegend in früheren Jahren und namentlich im letzten, Mangel an Arbeitern im Landbau. Das hatte seinen Grund darin, daß in den Bergwerken und Fabriken und für große Bauten an der Saar Arbeiter zu den höchsten Lohnsätzen gesucht wurden. Was war natürlicher, als daß sich auf dem Lande Jung und Alt aufmachte, den Landbau im Stich ließ und den vermeintlichen Goldgruben zulief? Jetzt, wo in denselben Bergwerken und Fabriken die Arbeiter massenhaft entlassen werden und der Lohn auf das Minimum reducirt wird, wo auch die großen Bauten zum Theil aufhören, sind wir bereits auf dem Wege der Besserung. Zwar mag es im Anfang Bergleuten und Fabrikarbeitern schwer halten, sich wieder an den Ackerbau zu gewöhnen, aber die Noth wird sich hier als streng und unerbittliche Lehremeisterin bewähren. — Jenes Vorhaben ist zweitens höchst verderblich! Wenn zu den schon feiernden Arbeitern in dieser Gegend noch neue aus Ostpreußen hinzugeführt werden sollen, was kann das anders zur Folge haben, als daß der schon vorhandene Nothstand bis zum höchsten Grade gesteigert wird. Wenn der Herr Landrath trotzdem noch Königsberger Gesinde einzuführen gedenkt, will er dann vielleicht in Zukunft allen diesen Arbeitslosen einen Freibrief auf Bettelbänke ausstellen, oder sie per Schuß nach Ostpreußen befördern und so das Gleichgewicht wieder herstellen?“

Die „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ sind im Ganzen die Altconservativen der „Kreuz-Ztg.“, bei Gelegenheit der jüngsten Verhandlung haben sich etliche vierzig von ihnen, nur adelige Herren, zusammengelassen, um eine Ehrenerklärung für die „Kreuz-Ztg.“ zu erlassen, welche heute an der Spitze dieses Blattes steht. Dieselbe ist gegen die Aeußerung des Fürsten Bismarck gerichtet, daß Jeder, der die „Kreuz-Ztg.“ halte und begable, sich indirect an Lüge und Verleumdung betheilige. Die Herren erklären: „Als treue Anhänger der Königlich-conservativen Fahne, weisen wir diese Anschuldigungen gegen die „Kreuz-Ztg.“ und die gesammte durch sie vertretene Partei auf das Entschiedenste zurück. Wir bebauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. So wenig wir die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unserer Römestreue und in unseren Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verlegendste Angriff gegen die Partei und ihr Organ im Stande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlspruch: „Mit Gott, für König und Vaterland“ verfochten und alle Besuche, ihr beizukommen, erfolgreich abgesehen hat. Wenn aber der Herr Reichskanzler die Aufrichtigkeit unserer christlichen Gesinnung in Zweifel zieht, so verschmähen wir es ebenso, mit ihm darüber zu rechten, wie wir es zurückweisen, die gegebenen Belehrungen über Ehre und Anstand anzunehmen.“ Unter dem Schriftstück befinden sich u. A. die Namen v. Auerswald-Rinkomfen, v. Bandemer-Selzen, v. Besser-Braun, v. Braunschweig-Lübom, v. Braunschweig-Sachsen, drei v. Gottberg (Starung, Reblin und Al. Büßow), v. Hammerstein-Schwartzow, v. Knebel-Döberitz, Graf v. Schulenburg-Berendörff, drei v. Wedell, v. Weiber-Gr. Wöspol. Nach diesen Namen kommt schließlich noch der Vertreter dieser lustigen Festschmückzeit; der Schluß lautet nämlich: „Mit tiefem Schmerz unterzeichnet A. v. Thadden-Trieglaff, jetzt in Poznan.“ Herr v. Thadden-Trieglaff ist bekanntlich dadurch zur Verühmtheit gelangt, daß er 1847 auf dem Vereinigten Landtag freilich die Preßfreiheit, nicht daneben aber den Galgen haben wollte. Wenn man sein Recept acceptirt hätte, so würde heute wohl seine geistliche „Kreuzzeitung“ baumeln.

Die Erwiderung des bayerischen Ministerpräsidenten v. Pferschner auf die Interpellation Freitag betreffend die Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich, welche bereits gestern kurz in einem Telegramm gemeldet wurde, hebt hervor, daß für den Standpunkt der Regierung zunächst das Reservatrecht Bayerns maßgebend sei, welches jede unmittelbare Veräußerung Bayerns durch das schwebende Project von vornherein ausschließt. Dabei habe jedoch die Regierung mit Rücksicht auf die Stellung, welche Bayern als Bundesglied, abgesehen von seinem Reservatrecht, einnehme, sich die weitgehende Bedenken nicht verhehlen können, welche das Project, insofern der Erwerb außerparatistischer Eisenbahnen durch das Reich in Frage komme, für die Gesamtheit der verbündeten Staaten haben müsse. Die Regierung konnte sich der Besorgnis nicht erwehren, daß auf diesem Wege die Möglichkeit geschaffen werden könnte zu einer fühlbaren Veränderung derjenigen Grundlagen, auf denen die gegenseitige Stellung der Gesamtheit des Reichs und seiner Glieder beruhe. Von dieser Erwägung ausgehend, habe die Regierung nicht unterlassen, in bundesfreundlicher Form auf gesandtschaftlichem Wege ihre ernsten Bedenken in ausführlicher Darlegung zum Ausdruck zu bringen.

Auch in Rußland beginnt man jetzt dem katholischen Clerus gegenüber einige unserer

Kirchenpolitischen Maßregeln zu copiren. In zu-  
ständigen Kreisen der russischen Regierung beschäf-  
tigt man sich augenblicklich mit der wichtigen Frage  
der Oberaufsicht und Erziehung des Clerus. Bis  
jetzt hatten die Bischöfe die Aufsicht über die  
Bildung und Erziehung der Cleriker und schrieben die  
Hausordnung für die Seminaristen vor. Besonders  
haben die Diöcesanbischöfe im ehemaligen Königreich  
Polen mit großer Unbeschränktheit den Unter-  
richt in den Seminarien und die Erziehung der  
jungen Geistlichen geordnet. Diese Bischöfe neigen  
nun bekanntlich zur Encyclica und zum Syllabus  
hinüber und sind ziemlich offene Anhänger des  
Unschlissbarkeitsdogmas. Daß dieses der Regierung  
nicht gleichgültig sein kann, ist klar. Sie hat sich  
daher gezwungen gesehen, die Oberleitung der  
Seminaristen dem Cultusminister zu übergeben. Als  
Folge dieser Maßregel verspricht man sich, daß die  
späteren Generationen der Geistlichen nicht mehr  
so regierungsfeindlich auftreten.

### Deutschland.

△ Berlin, 25. Febr. Die vom Bundesrath  
beschlossene Ueberweisung der bisherigen Arbeiten  
der Justizcommission des Reichstages bez. der  
Reichsjustizgesetze ist, wie nachträglich bekannt  
wird, mit dem ausdrücklichen „Ersuchen um möglichst  
halbtägige Verathung und Beschlußnahme“ erfolgt.  
Wie man hört, sind die Justizministerien der  
einzelnen Bundesstaaten bereits in voller Verathung  
dieser Beschlüsse der Justizcommission, und es  
werden diese Arbeiten so beschleunigt, um die  
Commissare mit ausreichenden Informationen in  
längstens 14 Tagen zu den Arbeiten des Justiz-  
ausschusses zu entsenden. — Bezüglich der Ver-  
theilung eines weiteren Betrages aus dem nord-  
deutschen Antheil an der französischen Kriegs-  
contribution hat der Bundesrath beschlossen, zu  
gleichem, daß von dem Antheil des ehemaligen  
Norddeutschen Bundes an der französischen Kriegs-  
entschädigung der weitere Betrag von 24 Mill. M.  
und zwar je zur Hälfte bis 1. März d. J. und  
1. April d. J. gemäß der Vorschriften des Art. 3  
des Gesetzes vom 2. Juli 1873 an die Staaten des  
ehemaligen Norddeutschen Bundes vertheilt werde.  
— Hinsichtlich der Anwendung des Reichsbank-  
gesetzes auf diejenigen Notenbanken, welche  
auf das Notenausgaberecht verzichtet ha-  
ben, lautet der Beschluß des Bundesraths: 1) daß  
diejenigen Notenbanken, welche auf ihr Notenaus-  
gaberecht verzichtet haben, zur Veröffentlichung der  
Bogensausweise sowie zur Einfindung der zum  
Zwecke der Steuerfeststellung vorgeschriebenen Nach-  
weise nicht verpflichtet zu erachten seien; diejenigen  
Hohen Bundesregierungen, in deren Gebiet sich  
solche Banken befinden, werden ersucht, diese Banken  
zum Zwecke der Vervollständigung der im Central-  
blatt monatlich zur Veröffentlichung gelan-  
genden Zusammenstellung der auf den  
letzten jedes Monats bezüglichen wöchentlichen  
Ausweise der Notenbanken zu veranlassen,  
daß sie bis auf Weiteres die entsprechenden Aus-  
weise über ihre Verhältnisse monatlich an das  
Reichskanzleramt gelangen lassen. — Gegenüber  
einem Antrage des Reichskanzleramts auf Bewilligung  
von Remunerationen für Arbeiten aus  
Anlaß der Münzumschmelzung hat der Bundes-  
rath beschlossen: 1) zur Gewährung (extraordinärer  
Remunerationen an Beamte der Reichspostverwaltung  
für die durch die Ausführung des Münz-  
gesetzes veranlaßte Währungsverwaltung den Betrag von  
28 000 M. auf Rechnung des Reichshaushaltsaus-  
schusses, Kap. 11 der einmaligen Ausgaben, zur Verfügung zu  
stellen und der bayerischen wie der württem-  
bergischen Regierung zur Gewährung solcher  
Remunerationen an die betreffenden Landesbeamten  
den Betrag von 3000 M. bezw. 1000 M. auf  
gleiche Rechnung zu überweisen; 2) die Vertheilung  
der Summe von 28 000 M. hat nach Maßgabe  
des dem Rechnungsausschusse vorgelegten Planes  
mit Ausschluß der Beamten des Generalpostamts  
und der Oberpostdirectionen in Karlsruhe, Constanz,  
Darmstadt und Erfurt zu erfolgen.

Die nicht centralisirten landwirthschaft-  
lichen Vereine, wie Bienenzucht-, Seidenzucht-,  
Gartenbau-, Geflügel-, Briefstauben-, Vereine,  
sollen nach einer Verfügung des landwirthschaft-  
lichen Ministeriums mit letzterem nur durch die be-  
treffenden landwirthschaftlichen Centralvereine ver-  
kehren. Mit dieser Verfügung, welche in den land-  
wirthschaftlichen Kreisen und Centralvereinen viel-  
fach Zustimmung findet, ist man hier und da nicht  
einverstanden. So hat der landwirthschaftliche  
Centralverein für den Regierungsbezirk Potsdam  
in seiner letzten Generalversammlung gegen die  
beabsichtigte Centralisirung der erwähnten Special-  
vereine ausgesprochen, weil die Vereinigung derselben  
mit den Centralvereinen nicht im Interesse  
der letzteren liege, denn es vermehre sich durch die  
Aufnahme solcher Specialvereine in die Central-  
vereine nicht nur die Arbeitslast der Vorstände der  
letzteren, sondern es läge auch die Zwecke solcher  
Vereine größtentheils der Landwirthschaft fern, und  
könnten leicht eine Zersplitterung der Leistungen  
der Centralvereine herbeiführen, die den landwirth-  
schaftlichen Interessen nur schaden könnte.

Die nationalliberale Fraction hat sich  
constituirt und zu ihren Vorstandsmitgliedern ge-  
wählt: die Abgg. v. Benda, Delius, Miquel,  
Basler, Tschow und Richter. — Die neuconser-  
vative Fraction hat zu Mitgliedern des Vorstandes  
die Abgg. v. Köller, Kötz, Febr. v. d. Goltz gewählt.  
Breslau, 25. Febr. Wie die „Schl. Ztg.“  
meldet, wird Canonicus Ruenzer mit Hilfe des  
staatlichen Diöcesanverwehrs statt des aufgelösten  
fürstbischöflichen Knabenseminars zu Osnabrück ein  
neues etabliren.

Breslau, 25. Febr. Graf Limburg-Sti-  
rum ist bei der gestern vollzogenen Erbschaft eines  
Landtags-Abgeordneten für den 5. Wahlbezirk  
(Breslau-Neumarkt) mit 246 Stimmen wiederge-  
wählt worden. Der Candidat der Clericalen, Graf  
Saurma-Jeltsch, erhielt 60 Stimmen.  
H. Oldenburg, 24. Febr. So eben ist in  
Folge eines Conflicts mit der Regierung unser  
Landtag aufgelöst worden. Der Zwiespalt ent-  
stand sich über zwei Vorlagen, von welchen die  
erste eine Gehaltserhöhung für die Lehrer der hö-  
heren Lehranstalten und für die technischen Beamten,  
die zweite die Bewilligung für den Neubau  
eines Gymnasiums in Oldenburg forderte. Der  
Landtag wollte die erste Bewilligung nur ausprechen,  
wenn zugleich eine Anzahl von Beamtenstellen  
(namentlich Baubeamtenstellen) in Wegfall komme.

Bei der zweiten Vorlage wurde der angekaufte  
Bauplatz bemängelt, der eine bedeutende Ueber-  
schreitung des Bauanschlags in Aussicht stelle. Zu-  
nachst wurde der verfassungsmäßige Ausgleich dieses  
Zwiespalts in einer gemischten Commission von  
Regierungs- und Landtagsmitgliedern gesucht und  
es gelang auch dort den zweiten Streitpunkt zu  
beseitigen, dadurch, daß der Großherzog persönlich  
für die etwaigen Mehrkosten des Baues einzutreten  
erklärte. In der ersten Streiffrage ist aber ein  
Ausgleich nicht gefunden, und daher hat die Regie-  
rung, die einige der gestrichenen Stellen für  
absolut unentbehrlich hält, den Landtag aufgelöst.  
Dortmund, 24. Februar. Der hiesige Ober-  
bürgermeister Becker ist, wie die „Westf. Ztg.“  
aus Düsseldorf meldet, heute von der dortigen  
Stadtverordneten-Versammlung einstimmig zum  
ersten Bürgermeister von Düsseldorf gewählt worden.  
Hannover, 25. Febr. Nach Meldung des  
„Hann. C.“ hat bei der im 9. hannoverschen Wahl-  
kreise (Hameln-Springe-Oldagsen) stattgehabten  
Reichstagswahl an Stelle des verstorbenen  
Abg. Brande der Candidat der particularistischen  
Partei v. Lenthe 7763, der Candidat der national-  
liberalen Partei Fromme 6359 Stimmen erhalten.

Dresden, 25. Febr. Die sächsische zweite  
Kammer hat für die hiesigen neuen Militäraus-  
gaben den Betrag von 6 Millionen bewilligt und  
beschlossen, daß zur Verlegung derselben die Ge-  
nehmigung der Reichsregierung eingeholt werde.  
München, 25. Febr. Bei der Präsidentsen-  
wahl wurden der bisherige Präsident, Frhr. v. Dm.  
und der bisherige Vicepräsident, Oberappellations-  
rath Kurz, mit 78 gegen 73 Stimmen wiederge-  
wählt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag  
statt. Auf der Tagesordnung derselben steht u. A.  
die Interpellation des Abg. Jörg wegen Vorlage  
eines Wahlgesetzes. (W. Z.)

### Österreich-Ungarn.

Kraau, 24. Febr. Durch Eisanschoppung  
bei der Podgorzer Eisenbahnbrücke ist Nachts der  
Weichselstrom bedeutend gestiegen. In Folge  
vorgenommener Eisprungung mittels Dynamits  
ist heute der Wasserstand um drei Fuß gefallen.  
Die Telegraphen-Verbindung zwischen Kraau und  
Galizien ist wieder hergestellt.  
Best, 25. Februar. In der heutigen Sitzung  
des Unterhauses erklärte Ministerpräsident Tisza  
auf eine Interpellation Helys, es bezeichne Nieman  
das Recht Ungarns auf Errichtung einer  
Bank, für die Lösung der Bankfrage gebe es aber  
die verschiedensten Modalitäten. Mit der Schaffung  
des Gesetzes allein sei noch keine Bank geschaffen,  
Ungarn wolle aber eine Bank und nicht bloß das  
bezügliche Gesetz. Das Haus nahm die Antwort  
des Ministerpräsidenten zur Kenntniß. Dem Depu-  
tirten Simonyi erwiderte der Ministerpräsident auf  
eine bezügliche Anfrage, die Regierung könne das  
Maximum der Forderungen in der Zollfrage nicht  
mittheilen, das Haus werde aber bald über Alles  
unterrichtet sein und sein Urtheil sich bilden können.  
— Die Reise der Minister nach Wien ist der  
Wassersucht wegen wieder verschoben. Ofen und  
Alt-Ofen sind überschwemmt, die meisten Gewölbe  
sind geschlossen. Auch die Stadt Waizen ist stark  
unter Wasser gesetzt. (W. Z.)

### Frankreich.

×× Paris, 24. Februar. Die Cabinet-  
krisis ist einwirken beendigt. Dufaure hat an  
Buffet's Stelle die Vicepräsidentenschaft des Conseils  
und zugleich das Portefeuille des Innern über-  
nommen. Der Handelsminister de Muey, der  
glücklicherweise keine Entlassung gegeben hat, bleibt  
auf seinem Posten, bis sich ein Nachfolger für ihn ge-  
funden haben wird. Buffet's Rücktritt entscheidet  
über das Loos einer Reihe von Beamten, die sich  
speciell durch ihren Eifer für seine Politik com-  
promittirt haben. Auch L'v., der Director der  
Presabtheilung, Ducros, der ehemalige Präfect  
von Lyon und jetzige Civildirector für Algerien,  
sowie Daubert, der Director des Amtsblattes,  
Defenille, Buffet's Secretär und früherer Redacteur  
der „Debats“, endlich auch der Gesandte in Haag,  
Target, Buffet's Schwager, sollen ihre Entlassung  
gegeben haben. — Mehrere Blätter hatten schon  
als etwas besonders Verdächtiges gemeldet, daß  
die Schullehrer vieler französischer Gemeinden von  
deutschen Geschäftshäusern Briefe erhielten,  
worin sie um die Angabe der Adresse der  
vornehmlichsten Gemeinde-Mitglieder erzuht  
werden. Offenbar handelt es sich dabei  
um einen Geschäftszweck. Die „Patrie“ zeigt  
jetzt an, daß der Universitäts-Inspector der  
Dordogne, Landrin, in einem Rundschreiben alle  
Schullehrer seines Bezirks strengstens angewiesen  
hat, herartige Briefe nicht zu beantworten, sie  
vielmehr schleunigst dem Clementarschul-Inspector  
des Arrondissements einzuschicken. — Im Monat  
Januar hat der auswärtige Handel Frank-  
reichs eine Gesamtsumme von 467 Millionen er-  
g. h. n. d. i. 81 Millionen weniger als im Januar  
1875. Die Einfuhr betrug 270, die Ausfuhr  
197 Millionen. — Der letzte Ball im Elysée war  
nicht so stark besucht, wie die vorhergehenden. Man  
bemerkte, daß Mac Mahon sich nicht in der besten  
Stimmung befand. Unter den Anwesenden waren  
auch Buffet und Leon Renault. — Die Prinzessin  
von Murien ist hier eingetroffen; sie wird bis zur  
Rückkehr des Königs Alfons nach Madrid in Paris  
bleiben. — Vom Kriegsgericht in Paris ist nach-  
träglich noch ein Arbeiter, Namens Bégub, wegen  
Theilnahme an der Verhaftung und Ermordung  
der beiden Generale Lecointe und A. Thomas zur  
Deportation verurtheilt worden.

### Spanien.

Es war am Montag Nachmittag um 1 Uhr,  
als König Alfons mit dem General Quejada an  
der Spitze der Brigade Goyeneche in Tolosa ein-  
zog. Die Carlisten waren am Morgen, nachdem die  
königlichen Truppen die umliegenden Befestigungen  
genommen, aus der Stadt abmarschirt; zu ihrem  
Schicksal, denn von allen Seiten rückten nun die  
Scharen der Sieger an. Loma stieg über den  
Berg Hernio nach Tolosa hinab, Martinez Campos  
war von Trun schon bis Hernio gekommen, Mo-  
riones stand in Andoain. Nachdem König Alfons  
die Nacht in der ehemaligen Wohnung des Präten-  
denten zugebracht, begab er sich über Andoain nach  
San Sebastian. Der Einzug in diese Stadt und  
der Empfang waren prächtig. Triumphbogen waren  
errichtet, Kränze und Teppiche ausgelegt, die  
Banden läuteten, die Batterien der Forts und die  
Kriegsschiffe im Hafen feuerten Salutsschüsse, Ra-  
keten flogen in die Luft, Tauben wurden aufge-

lassen; und so zog der junge König, begleitet von  
seinen Generalen Martinez Campos, Quejada, Mo-  
riones und Loma, in die jabelnde Stadt ein. Ein  
Teubum wurde gefeiert, und General Blanco führte  
danach parademäßig die Truppen vor. Es heißt,  
der König wolle mehrere Tage in San Sebastian  
bleiben; er hat sein Absteigquartier in dem Hause  
des Generals Concha genommen.

### England.

— In einer gestern stattgehabten Versam-  
lung der Inhaber von Obligationen der tür-  
kischen Staatsschuld erstattete Hamond Be-  
richt über seine Mission nach Konstantinopel. Der-  
selbe theilte der Versammlung mit, daß der Groß-  
vezir, von welchem er durchaus entgegenkommend  
aufgenommen worden sei, sich mit seinem Finanz-  
project einverstanden erklärt habe unter Modifica-  
tionen, welche den türkischen Staatsschatz mit  
6 657 000 Pfd. Sterling, d. h. mit 200 000 Pfd.  
Sterl. mehr, als der betreffende Grade bewilligte,  
belassen würden. Die Versammlung nahm hier-  
auf eine Resolution an, in der sie sich mit den  
Operationen Hamond's einverstanden erklärte.

### Asien.

— Wie der „Polit. Correspondent“ aus Teheran,  
12. Januar, gemeldet wird, beabsichtigt der Schah  
von Persien seinen Thronfolger, den Prinzen  
Muzaffer-Eddin, zu seiner Ausbildung nach Europa  
zu schicken; doch soll derselbe ohne allen Pomp und  
großes Gefolge incognito als einfacher Passier-  
reiser, um die gehörige Ruhe zum Lernen zu ge-  
winnen.

### Danzig, 26. Februar.

\* Traject über die Weichsel. [Nach  
dem Aushang auf dem Bahnhofe der Dabahn.]  
Teresopol-Culm: bei Tage per Kahn. — War-  
lubien-Grunden: unterbrochen. — Czermink-  
Marienwerder: unterbrochen.

\* Aus Thorn, 25. Februar, Abends, wird  
uns gemeldet: Wasserstand der Weichsel 8 Fuß  
3 Zoll, Wind: W. Wetter trübe; Morgens  
Schneefall.

\* Die „Sch. Ztg.“ enthält folgende Tele-  
gramme aus Graubenz, 25. Februar, Vormit-  
tags: „Der Wasserstand der Weichsel war gestern  
Abend in Culm 13 1/2 Fuß, heute 12 Fuß, hier  
7 Fuß. Das Eis ist auf halber Weichsel im  
Gange.“ — 25. Februar, Abends 5 1/2 Uhr: „Das  
Wasser der Weichsel ist in beständigem Steigen, in  
zwei Stunden ist es bereits um 1 1/2 Fuß höher.  
Heute Abend oder Nachts dürfte der Eisgang  
eintreten.“

\* Telegramm aus Thorn, 26. Februar,  
11 1/2 Uhr Vormittags: „Aus Warschau einge-  
gangen: Wasserstand der Weichsel 14 Fuß 2 Zoll;  
das Wasser nimmt noch langsam zu. Der Eisgang  
ist ziemlich dicht.“

\* Verkauft sind die Grundstücke: 1) Heil. Geist-  
gasse No. 73 von dem Consul Hermann Brinkmann an  
den Bau-Inspector Eduard Bobritz und dessen Ehefrau  
Johanna geb. Reine für 24 600 M. 2) Jopengasse  
No. 60 von dem Fräulein Emilie Böne an den Ritter-  
gutsbesitzer Friedrich Böne für 12 000 M. 3) Tagener-  
gasse No. 18 von den Wächtermeister Johann Jacob  
Zeidler'schen Eheleuten an den Schlossermeister August  
Anton Brandt für 5 500 M.

\*\* [Polizeibericht.] Die unversehrte R.  
wurde verhaftet, weil sie ihrer Pflegemutter zu ver-  
schiedenen Malen bares Geld und am 20. d. März  
2 Uhr gestohlen hat. — Der Arbeiter Sch. wurde  
arrestirt, weil er dem Kaufmann L 2 Säcke unterschlagen  
und verkauft hat. — Der Maurer B. wurde angehalten,  
als er heute eine Blummasse verkaufen wollte. Weitere  
Nachrichten ergaben, daß er die Masse in Schildeis ge-  
stohlen hat.

\* Der Kreisgerichts-Director Kessler in Memel  
ist an das Kreisgericht in Stettin versetzt; zu Kreis-  
richtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Kippman  
bei dem Kreisgericht in Marienburg, mit der Function  
bei der Gerichts-Deputation in Tiegenhof und der Ge-  
richts-Assessor Wis bei dem Kreisgericht in Culm, mit  
der Function als Gerichts-Commissar in Briesen; der  
Staatsanwalts-Gehilfe Kellermann in Bromberg ist  
in gleicher Amtseigenschaft an die Staatsanwaltschaft  
des Kreisgerichts in Thorn versetzt.

Thorn, 25. Febr. Es sind neuerdings unter dem  
in der Defensionskaserne einquartierten Militär eine  
Anzahl Typhus- und Erkranckungen vorgekommen.  
Von Seiten der Militairbehörden sind sofort mit  
größtem Eifer die nöthigen Schutzmaßregeln getroffen  
worden; auch hat bereits die Ausquartierung eines  
Theils der dort casernirten Mannschaften stattgefunden.  
Wenn es wahr ist, daß die Entstehung der Krankheit  
von ärztlicher Seite auf die Beschaffenheit des Wassers  
im Brunnen der Kaserne zurückgeführt wird, so würde  
darin ein neuer Beweis dafür liegen, wie hohe Zeit es  
ist, daß der westliche Theil der Stadt mit besserem  
Trinkwasser versehen wird. Bekanntlich soll diesem  
Stadttheil im laufenden Jahre vom Marle aus Wasser  
zugeführt werden; hoffentlich werden die jetzt vorhan-  
denen, aus dem Stadtgraben gespeisten Brunnen so  
bald als möglich geschlossen. Das Project einer  
größeren Wasserleitung aber darf wohl kaum aus den  
Augen gelassen werden. (Th. D. Z.)

\* Dem Kaufmann Haebler, Inhaber der Firma  
F. A. Haebler, zu Königsberg ist das Prädikat eines  
Königl. Hoflieferanten verliehen.

Braunsberg, 25. Febr. Mittwoch Vormittag  
hat der Regierungsrath Wenghöffer, als Commissarius  
der R. Regierung in Königsberg, unter Zuziehung des  
Wasserbau-Inspectors Krau von dort und des Bau-  
raths Bertram hier, wegen Bildung eines Deich-  
verbandes auf dem rechten Ufer der Passarge, im  
Anschluß an den bereits bestehenden Alt-Passarge Ver-  
band, mit den betr. Interessenten verhandelt. Wie das  
„B. Arb.“ hört, ist jetzt begründete Aussicht dazu, daß  
die R. Regierung die Stadtgemeinde Braunsberg ferner  
nicht zur Unterhaltung resp. Wiederherstellung der betr.  
Passargeämme anhalten wird. Die Kosten dafür sind  
seit Jahren auf etwa 3000 M. jährlich zu veranschlagen  
gewesen. — Donnerstag Vormittag hat hier der Eis-  
gang in der Passarge bei sehr hohem Wasserstande  
stattgefunden und ist ziemlich glücklich verlaufen, obgleich  
die Kesselbrücke wegen der bisher bis auf den Grund  
gehenden Eisstopfung vor derselben während einiger  
Stunden in Gefahr war, fortgerissen zu werden. — Im  
Garnison-Lazareth befinden sich 15 Jäger vom hiesigen  
Bataillon, die an Trichinose, größtentheils jedoch nur  
leichter Art, erkrankt sind.

### Bermischtes.

Berlin. Fräulein Minnie Hand, deren Gast-  
spiel zum 1. April zu Ende geht, wird mit dem 1. Oc-  
tober in den Personalverband der königlichen Bühne  
treten. Die Aufführung der „Böckchen Oper“ „Der  
Widerpäussigen Rühmung“ ist bis zur nächsten  
Saison vertagt. Die Proben zu Wagner's „Tristan  
und Isolde“ sind in vollem Zuge, Mitte März soll  
sich das Werk dem Publikum präsentieren.

Paris, 18. Febr. In denselben Augenblick, wo  
die mit der Prüfung des Projectes des Tunnels  
zwischen Frankreich und England betraute internationale

Commission dieses Unternehmens einstimmig für aus-  
führbar erklärt hat, ist der unermüdbare Förderer des  
Projectes, der Ingenieur Thomas de Camond, gestor-  
ben. Sein Begräbniß hat gerade an dem Tag statt-  
gefunden, an welchem die Commission ihre Arbeit schloß.

### Danziger Börse.

Ämtliche Notierungen am 26. Februar.  
Weizen loco matt, feine fest, 7er Tonne von 2000 K  
feinlagig u. weiß 130-135 1/2 215-220 M. Br.  
hochbunt 131-134 1/2 208-215 M. Br.  
hellbunt 127-131 1/2 205-210 M. Br. 180-215  
bunt 125-131 1/2 198-205 M. Br. M. bez.  
128-134 1/2 190-196 M. Br.  
ordinaire 118-128 1/2 170-190 M. Br.

Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 198 M.  
Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er April-Mai 200 M.  
Ob., 7er Mai-Juni 204 M. Br., 7er Juni-Juli  
204 M. Ob.

Roggen loco matter, 7er Tonne von 2000 K  
146-147 M. 7er 120 1/2 bez.

Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 146 M.  
Auf Lieferung 7er April-Mai 145 M. Br., 148  
M. Ob., 7er Mai-Juni unläd. 151 M. Br.,  
150 M. Ob.

Gerste loco 7er Tonne von 2000 K kleine 107 1/2  
114 M.

Kleeaat loco 7er 200 1/2 roth 132 M. bez.  
Spiritus loco 7er 10,000 Liter St. 46, 45, 75 M. bez.  
Petroleum loco 7er 10 1/2 (Original-Tara) ab  
Neufahrwasser 15 M.

Auf Lieferung 7er März 15 M.

Steinkohlen 7er 3000 Kilgr. ab Neufahrwasser in  
Waggonladungen, doppelt gestrichelte Kugeln 50-56  
M., schottische Maschinenkohlen 52-54 M.

Wachsel- und Fondscurse. London, 8 Tage,  
20,465 Gd. 4 1/2 p. Preuss. Conf. Staats-Anleihe 104,75  
Gd. 3 1/2 p. Preussische Staats-Schuldenscheine 92,90 Gd.  
3 1/2 p. Westpreussische Pfandbriefe, ritterschaftlich 83,90  
Gd., 4 p. do. do. 95,15 Gd., 4 1/2 p. do. do.  
102,10 Br. 5 p. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe  
100,00 Br. 5 p. Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe  
100,50 Br. 5 p. Stettiner National-Hypotheken-Pfand-  
briefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

### Danzig, den 26. Februar 1876.

Getreide-Börse. Wetter: schön bei schwachem  
Frost. Wind: NW.

Weizen loco fand am heutigen Marke ein schwaches  
und trübes Geschäft und nur feinste Qualität war be-  
achtet. Die Zufuhr ist wieder klein gewesen und fanden  
Mittel wie auch die abfallenden Gattungen einen  
schweren Verkauf zu kaum gelingen Preisen. 100 Tonnen  
wurden verkauft und ist bezahlt für Sommer 127/8 1/2  
185 M., 130/1 1/2 187 M., ordinar 118/9 1/2 180 M., gran  
120 1/2 185 M., befest 120 1/2 185 M., gran glatt 124 1/2  
194 M., hellfarbig 129 1/2 200 M., hellbunt 125/6, 128/9 1/2  
204 M., hochbunt glatt fein 133 1/2 215 M. 7er Tonne.  
Termine nicht gehandelt, April-Mai 202 M. Br., 200 M.  
Ob., Mai-Juni 204 M. Br., Juni-Juli 204 M. Ob.  
Regulirungspreis 198 M.

Roggen loco matt 123 1/2 150 M., 125 1/2 151 M.,  
126 1/2 153 M. 7er Tonne nach Qualität ist bezahlt.  
Umsatz 15 Tonnen. Termine geschäftslos, April-Mai  
145 M. Br., 143 M. Ob., inländischer Mai-Juni 151  
M. Br., 150 M. Ob. Regulirungspreis 146 M. —  
Gerste loco kleine schöne 107 1/2 140 M. 7er Tonne be-  
zahlt. — Bohnen loco 178 M. 7er Tonne. — Kleeaat  
loco roth fein beband 132 M. 7er 100 Kilo. — Spiritus  
loco ist zu 46 und 45,75 M. verkauft.

### Danzig, den 25. Februar 1876

[Wochenbericht.] Das während der Woche  
angehaltene Tau- und Regenwetter hat die Eisbede-  
cke so geschwächt, daß Bugstdampfer sie durchbrochen haben  
und Schiffe bereits zur Stadt gekommen sind. Die  
Passage nach unserem Hafen ist somit frei. — Die  
Marktberichte des Auslandes lauteten zu Anfang der  
Woche äußerst stille und erst als die gewöhnlichen be-  
deutenden Zufuhren zu den englischen Märkten nachließen,  
zeigte sich für Weizen etwas mehr Aufmerksamkeit. —  
Die sehr mäßigen Weizen-Zufuhren zu unserem Marke  
fanden von Tage zu Tage mehr Beachtung, gestützt auf  
die Ankunft der erwarteten Dampfer und das voraus-  
sichtliche Freiwerden der Wasserstraße, wodurch die Ver-  
ladungsspeeren wesentlich vermindert werden, und schließt  
unser heutiger Markt, namentlich für helle und feine  
Qualitäten, sehr fest zu voll beaupteten vorwöchentlichen  
Preisen. — Bei einem Umsatze von 760 Tonnen bezahlte  
man: bunt 124 1/2 185 M.; roth 124, 127/8 151/2 187,  
192, 198 M.; glatt 125, 127 1/2 198, 200 M.; hell-  
bunt 130, 131 1/2 204, 205 M.; hochbunt und glatt  
129/130, 131/2 206, 208 M.; fein hochbunt und glatt  
132/3, 134/5 210, 215 M.; weiß 129, 132, 133/4 180,  
212, 213 M. Regulirungspreis 126 1/2 bunt 198 M.  
Auf Lieferung nicht gehandelt; 7er April-Mai 200 M.  
Ob.; 7er Mai-Juni 204 M. Br.; 7er Juni-Juli 204 M. Ob.

In Roggen fand ein Umsatz von ca. 200 Tonnen  
zu behaupteten Preisen an Conumenten statt und be-  
zahlte man: 120, 122, 128 1/2 148, 150, 154 M. Re-  
gulirungspreis 120 1/2 lieferbar 146 M. Auf Lieferung  
7er April-Mai 150 M. Br., 7er Mai-Juni inländisch, r  
150 M. bez., 151 M. Br. — Gerste, große 118 1/2 151 M.,  
kleine 105, 111 1/2 135, 139 1/2 M. — Koch-Erbsen nach  
Qualität 158 160 M., feinste 164 M. — Mais 125 M.  
franco Bahn. — Widen nach Qualität 208 1/2, 210  
213 M. 7er Tonne. — Thimothee-Saat 66 M. — Klee-  
saat nach Qualität, rothe 114, 123, 128 M., weiße  
144 M. 7er 100 Kilo bezahlt. — Die während der  
Woche eingetroffenen 80 000 Liter Spiritus wurden zu  
46 M. 7er 100 Liter a 100 p. verkauft.

### Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner  
Börsen-Depesche war beim  
Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 25. Februar. [Productenmarkt.]  
Weizen loco flau, auf Termine fester. — Roggen  
loco still, auf Termine fest. — Weizen 7er Februar  
126 1/2 1000 Kilo 199 Br., 198 Gd., 7er Mai-  
Juni 126 1/2 202 Br., 201 Gd. — Roggen 7er  
Februar 1000 Kilo 145 Br., 143 Gd., 7er Mai-  
Juni 145 1/2 Br., 144 1/2 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste  
matt. — Rübsel fester, loco 68 1/2, 7er Mai 65, 7er Octbr.  
7er 200 1/2 64 1/2. — Spiritus matt, 7er 100 Liter 100 p.  
7er Februar 34, 7er März-April 34 1/2, 7er  
Juni 35, 7er Juni-Juli 36. — Kaffee sehr fest,  
Umsatz 3000 Sad. — Petroleum fest, Standard weiß  
loco 12,80 Br., 12,60 Gd., 7er Februar 12,60 Gd.,  
7er August-December 12,25 Gd. — Wetter: Wolkig.

### Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 26. Febr. Wind: W.  
Angelommen: Catharine Gjalmer, Carl, Kiel,  
Ballast. — Waagen, Kahlke, Messina, Frische,  
Nichts in Sicht.

### Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
25	4, 334,92	SWW., mäßig, bewölkt.
26	8, 334,26	" " hell, bew.
12	338,97	" " " wolk.



# The Singer Manufacturing Co.,

größte  
Nähmaschinen-Fabrik der Welt,  
erhielten für die Güte und vorzüglichen Leistungen mehr als  
120 Ehrenpreise  
und wurden davon bis jetzt über  
**1,500,000 Stück,**

oder mehr als ein Drittel der Gesamt-Nähmaschinen-Fabrikation Amerikas verkauft. Dieser Absatz beweist am besten die Vollkommenheit der Original-Singer-Maschinen und die denselben gewordene

Allgemeine Anerkennung des Publikums.

## G. Neidlinger Langgasse 44, vis a vis d. Rathhause.

Um es Jedem zu ermöglichen, sich eine seinen Zwecken entsprechende Maschine anzuschaffen, werden die Original-Singer-Nähmaschinen, wo es gewünscht wird, gegen wöchentliche Abzahlung von 2 Mark und ohne Preisermäßigung abgegeben. Alte oder nicht zweckentsprechende Maschinen aller Systeme werden gegen Original-Singer-Maschinen eingetauscht und in Zahlung genommen.

**Freiwillige Gemeldete.**  
Sonntag, den 27. Februar, Vormittags 10 Uhr, Predigt: Dr. Vrediger, Rädner.

Gestern Abend um 10 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Marie, geb. Reddig, von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.  
Danzig, den 26. Februar 1876.  
6885) Th. Heinlok.

Gestern starb in Bebay in der Schweiz, nach längerem Leiden mein lieber Neffe Otto Weyland. Dieses zeige ich allen die ihn lieb hatten im Namen seiner Verwandten und Pflegeeltern tief betrauert an.  
Danzig, den 26. Februar 1876.  
J. C. Woyland, Rentier.

Schmerzlose Bahnoperationen, Plombiren mit Gold u. Einsetzen künstlicher Zähne.  
O. Klawow, Heiligegeistgasse 25.  
Eröffnet von Morg. 9 bis Nachm. 4 Uhr.

**Gymnastisch-orthopädische und electriche Heilanstalt**  
zu Danzig,  
verbunden mit Pensionat,  
Sundegasse No. 90.  
Zur Behandlung kommen sämtliche Formfehler des Körpers, constitutionelle Leiden (Reichthum, allgemeine Schwäche, chronische Unterleibsschmerzen, Scropheln u.), Nerven- und Muskelkrankheiten.  
Dr. med. Fewson.

**100** Bistenkarten in bezauberter Arbeit und gutem Papier  
nur 1 M. 50 P.  
Nach auswärts gegen Einsendung des Betrages franco Zusendung.  
**Hermann Lau,**  
74. Langgasse 74.

Gebärmutterträger und Bandagen, Leibbinden für Hängebrüche, Brust- und Nabelbandagen etc. empfiehlt  
W. Krone & Sohn,  
Bandagisten, Holzmarkt 21.  
NB. Damen mögen sich vertrauensvoll an Frau A. Krone wenden.

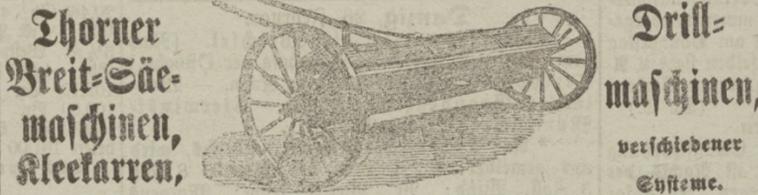
**Billards**  
in verschiedenen Größen und Facons, sowie sämtliche Billard-Utensilien, als: Tuch, bester Qualität, Bälle u. empfiehlt  
E. Schulz, Cistarthengasse 4.  
Auch werden selbst Billards zur Reparatur und Umarbeitung angenommen.

**Englisch Zinn**  
in Blöden,  
**Blöde in Mulden,**  
sowie  
**Zinn in Platten**  
offerirt billig die Metallschmelze  
9942) S. A. Neoh, Söbannigasse 29.

**Parcellirungs-Anzeige.**  
Das Gut Wilschelsott, dem Gutbesitzer Hrn. Taddel gehörend, bestehend aus 3200 Morgen preuss. incl. 310 Morgen Wiesen und 210 Morgen Torfbruch, ist uns zur Parcellirung übergeben.  
Behufs Besprechung, resp. Verkauf, haben wir einen Termin am 20. und 21. März, im Hause des Herrn Arons in Lubichow, angelegt.  
Sicheren Käufern wird der Kaufgeldbetrag gestundet.  
Arens, Jacob Behrendt,  
Lubichow, Marienburg.

**Hauskaufgesuch.**  
Ein herrschaftliches Haus in der Reichstadt wird zu kaufen gesucht und werden Adressen unter No. 6619 in der Exped. d. Stg. erbeten.  
**Ein j. tücht. Destillateur,**  
25 Jahre, der nur in größeren Destillationen und Spiritfabriken thätig, sucht passendes Engagement sofort oder per 1. April. Adr. direct an H. Kneifel im Hause C. A. Kneifel, Dahme, zu senden.  
(6893)

**Universal-Breitsäemaschinen**  
für alle Ansaaten (auch Kaps, Klee u. s. w.) mit getheilter Saatwelle und Triebwerk auf beide Rädern, um eine Hälfte ganz absperrern zu können.



**Thorner Breit-Säemaschinen, Kleebarren, Drillmaschinen, verschiedener Systeme.**  
**CLAY's Patent-Preis-Cultivatoren**  
(das stärkste Geräth dieser Art),  
**Karrenpflüge** | **Zweischaarige Pflüge**  
mit Kolter, Vorachse oder Wähler, | in geradem und schrägem Gestelle.  
**Saat-Reinigungsmaschinen, Molkerei-Geräthe, Stall-Geräthe**  
empfehlen  
**Glinski & Meyer, Vorstädt. Graben 33 a., Danzig.**  
Maschinen-Niederlage und Reparatur-Werkstatt.

Der erwartete große Posten  
**fehlerhafter Tischzeuge**  
ist eingetroffen und empfehlen denselben als besonders preiswerth.  
**S. Hirschwald & Co.,**  
Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik,  
Wollwebergasse No. 15.

**Coleman's Original-Cultivatoren,**



ist allgemein als das vollkommenste Acker-Geräth zum Schälend, Brachen, Tiefgrubbern, zur Reinigung  
des Acker von Dornen, Wurzeln u., zur Vorarbeit für die Saat und zur Unterbringung derselben anerkannt,  
offeriren und bitten um baldige Ordres  
**Schütt & Ahrens, Danzig,**  
Sundegasse No. 33,  
alleinige Niederlage der acht Coleman'schen Cultivatoren für West- und Ostpreußen.

**Ausverkauf**  
der  
**Carl Reeps'schen Concurz-Masse.**  
Montag, den 28. ds., kommen zum Verkauf:  
Broches und Boutons, Medaillons, Kreuze, Arm bänder, Spangen, Haarlämme, Uhrketten, Fächer, Fächer, Manschettenknöpfe, Tuchnadeln, Hutgraffes, Briefstaschen, Cigarrentaschen, Notizbücher, Arabisches, Posten- u. Photographie-Alben, Silberrahmen, Tintenfass, Schmuckschalen und Kästchen, Friseur-Kämme, Porzellan- und Bronze-Sachen, Einladungs- und Gratulations-Karten, Federhalter, Bücherträger, überhaupt sämtliche Galanterie- und Lederwaaren.  
Dienstag, den 29. ds., kommen zum Verkauf:  
Schwarze und weiße Blondes, schwarze u. weiße Guirlande-Spigen, echte Swirn-Spigen, farbige Blondes, Tülls und Mulls in jeder Farbe, Tarlatans u.  
Breite Spigen zu Volants besonders preiswerth.

**Holz-Auction zu Aneipab 37.**  
Montag, den 28. Februar 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem Holzfelde des Herrn Otto Reichenberg  
ca. 10,000 Fuß 2" und 3" sichteue Bohlen,  
10,000 Fuß sichteue Kreuzhölzer in verschiedenen Stärken,  
15,000 Fuß ganz trockene 1" und 1 1/2" sichteue Dielen.  
Ferner eine Partie 5" bis 8" sichteue Mauerlatten, Dachlatten, Balkenschwarten und diverse Bauhölzer an den Meistbietenden verkaufen.  
Den Zahlungstermin werde ich bei der Auction anzeigen.  
**Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.**  
Bureau: Sundegasse No. 111.

**Kaffeehaus zum Freundschaftlichen Garten.**

Morgen Sonntag, den 27. Februar:

## Vocal- u. Instrumental-Concert.

### PROGRAMM.

„Waidmann's Luft“, March, Neumann.  
Duv. z. Op. „Joseph i. Ägypten“, Mehal.  
„Am schönen Rhein geht's hin“, Walzer, Keler-Bela.  
„Lieb ohne Worte“, Sommerlat.  
„Sonntags-Morgen“ von Abt.  
„Den Bildern“ von A. Reithardt.  
Ländchen von A. E. Marxhner.  
„Das deutsche Lied“ von Kalliwoda.  
Duv. z. Op. „Die Felsenmühle“, Reiffiger.  
Studentenlieder, Duadr., Harmon.  
„Der Postreißer“, Galopp, Bubli.  
Potpourri a. d. Op.: „Die sicilische Besp.:“ von Verdi.  
„Meeresstille“ von Tag.  
Schiffesang von v. Knablad.  
„Nur im Herz“ von S. Witt.  
„Nachtlied des Krieger.“

Ouverture z. Op. „Tancred“, Rossini.  
„Herzengröße“, Walzer, Bubli.  
Finale a. d. Op. „Il Giuramento“, Mercadante.  
„Mädchenlaunen“ v. M. Strebingen.

Familien-Billets, 3 Stück 1 M., sind vorher in der Musikalien-Handlung des Herrn Lau, Langgasse No. 74, und in meinem Etablissement zu haben. An der Kasse kostet das Billet pro Person 50 Pf. Rosenöffnung 4 1/2 Uhr, Anfang 5 1/2 Uhr.  
H. Reissmann.

Gutes Segras ist billig abzugeben bei  
F. Schwan, Kalkgasse.

Ein fast neues  
**französisches Billard**  
mit vollständigem Zubehör und Lampe ist  
Umzugs halber billig zu verk. Kalkgasse 9.  
Eine Kapelle und eine Holzene  
Druckpumpe zu verkaufen  
4. Damm 6.  
5-8000 Cir. Karioffeln  
haben zum Verkauf  
M. Baranowski & Co.  
Comtoir Johngasse 6.  
6919) Ein Alt. auf u. gut empf. Person, w. bei  
e. S. od. Dame Engagen. Koblenn. 30.  
Ein junger Mann sucht anständ. Logis  
Paradiesgasse 11. (6886)

**5000 Thlr.**  
sichere Hypothek a 6% hinter alten Pfand-  
briefen auf einem Gute nahe der Bahn, in  
guter Gegend, sind zu cediren und werden  
Rest. um gef. Abz. unter 6926 in der Exp.  
dieser Stg. gebeten.  
**5000 Thlr.**  
sind gegen hypothekarische Sicherheit  
of. zu begeben Jacobsberggasse 6 B. II.  
Die von uns im Auftrage unse. er Mit-  
bürger errichtete  
**Suppen-Anstalt**  
wird Sonntag, den 27. Februar c. in der  
Tischlergasse No. 16  
eröffnet. Die Ausheilung der Marlen er-  
folgt jedesmal am Nachmittag von 5-6  
Uhr, im Königl. Balzerei-Bureau, Pfeffer-  
stadt No. 57, für jeden folgenden Tag. Die  
Verheilung der Speisen findet Mittags  
von 1/2 bis 1/2 2 Uhr statt.  
Gustav Springer.  
P. F. Eissenhardt, J. Brill.  
Th. Schmitt, A. Sawatzki.  
R. A. J. Gehrke, C. J. Büchner.

**Restaurant!**  
Eine im Mittelpunkte der Stadt ge-  
legene, sehr gut frequentirte Restauration ist  
sodort zu übernehmen.  
Abz. werden unter 6871 in der Exped.  
dieser Stg. erbeten.  
**Café d'Angleterre.**  
Heute sowie folgende Abende Concert  
meiner neu engagirten Dameng-Sellschaft,  
sowie Auftreten des Fräul. Agnes Müller  
aus Hamburg. Zum Vortrage kommen  
die neuesten Sagen.  
Freundliche Einladung.  
A. Gutzmer.  
**Kaufmännischer Verein.**  
Auf Antrag einer Anzahl von Mit-  
gliedern welche wegen Formschers Pro-  
cess gegen die in der Generalversammlung  
vom 16. c. vollzogenen Wahlen zu Punkt  
9 und 11 der Tagesordnung derselben ein-  
geleitet haben, wird zu  
**Mittwoch, den 1. März cr.,**  
Abends 8 Uhr,  
eine  
außerordentliche General-  
Versammlung  
hierdurch anberaumt.  
Tagesordnung:  
Annulirung der Wahlen des Vereins-  
arztes und der Wahlcommission; evnt.  
a) Wahl des Vereinsarztes für die obli-  
gatorische Krankenkasse, b) Wahl der Wahl-  
commission pro 1876.  
Zahlreiches Ersichnen der Mitglieder  
wird erbeten. Gütliche haben keinen Zutritt.  
Der Vorstand.

**Kaufmännischer Verein.**  
Mittwoch, den 1. März cr., fällt der  
Widerwechsel aus. Die Vereinsapo-  
thek ist von jetzt ab die Apotheke des  
Hrn. A. Rehfels, Heiligegeist- und  
Hingegassen-Ecke. Nähere Auskunft er-  
theilt der Vorstand.  
**VI. Mittwoch, den 1. März, im**  
Gewerbehause, zur Erhaltung der  
4 Klein-Kinder-Verwahr-Anstalten:  
**Vorlesung des Herrn**  
**Schulrath Dr. Cosack:**  
„Hauswurst und Har-  
lekin auf deutscher  
Schaubühne.“  
Anfang 7 Uhr Abends. Einlasspreis  
1 Mark.

Zum Offizier, Fort- u. Feld-  
incl. Prima) und Einjährigen-Frei-  
willigen-Engagen, sowie zu denjenigen  
Examina's, behufs Eintritt in die Kaiser-  
liche Marine, wird, mit Einschluß der  
Mathematik den geistlichen B. Stimmungen  
gemäß vo. bereitet  
früher Sandgrube, Kaniachenberg 5  
part., jetzt Sandgrube 6-8, part.

**Gründlicher Unterricht**  
im Englischen und Französischen wird  
ertheilt. Näheres Portefeuillegasse 7 u. 8,  
2 Treppen. (6880)

**In Apollosaal:**  
Donnerstag, den 2. März c.,  
**CONCERT.**  
Frau L. Rappoldi-Kahrer,  
Herr E. Rappoldi,  
Herr Georg Henschel.  
Billets a 3 M. und a 2 M. bei  
F. A. Weber,  
Buch-, Kunst- u. Musik-Handlung,  
Langgasse 78.

**Friedrich-Wilhelm-  
Schützenhaus.**  
Sonntag, den 27. Februar cr.:  
**Großes  
CONCERT**  
von der Kapelle des Königl. Ostpreuss.  
Füß-Regiments No. 33.  
Entrée Saal u. kleine Loge a Person 3 M.  
Kinder die Hälfte.  
Große Loge a Person 5 M.  
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr.  
3417) S. Leudenbach.

**Vorläufige Anzeige.**  
**Friedrich-Wilhelm-  
Schützenhaus.**  
Dienstag, den 29. Februar, von 6 Uhr  
an, großes humoristisches Concert.  
H. Laudonbach.

**Spliedt's  
Concert-Salon**  
in Fischenthal.  
Sonntag, den 27. Februar,  
Großes  
**Nachmittags-Concert.**  
Anfang 4 Uhr. F. Koll.

**Zingler's Höhe.**  
Sonntag, den 27. Februar:  
**Concert,**  
ausgeführt von der Capelle des 4. Dstpr.  
Grenadier-Regt. No. 5.  
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 P.  
Killan, Musikmeister.

**Stadt-Theater.**  
Sonntag, den 27. Febr. (Abonnem. susp.)  
Zum 4. Male: Die Reise um die  
Erde in 80 Tagen. Speltheil-Erld  
in 5 Abtheilungen und 14 Tableaux von  
A. D'Emery und Jul. S. Verne.  
Montag, den 28. Februar. (7. Ab. No. 9.)  
Die Folsänger. Oper von Kretschmer.  
Dienstag, den 29. Februar. (7. Ab. No. 10.)  
Zum fünften Male: Die Reise um  
die Erde in 80 Tagen.

**Selonke's Theater.**  
Sonntag, den 27. Febr.: Gastspiel der  
aus 12 Personen bestehenden Gym-  
nastiker, Ballet- u. Pantomimen-  
Gesellschaft des Hrn. Alf. Hor-  
mandes. U. A.: Franernde Hin-  
terliebene. Lustspiel. Der schwarze  
Verrath, oder: Die beiden Wälder.  
Vollst. Der amerikanische Barbier.  
Komische Pantomime.

Dienstag, den 29. Februar: **Große  
Fastnachts-Vorstellung.**  
Königsberger Pferde-Lotterie a 3 M.  
Berliner Flora-Lotterie a 3 M.  
Arndt-Deukals-Lotterie a 3 M. bei  
Theodor Bertling, Geberg 2.  
Verantwortlicher Redacteur: S. Rädner.  
Druck und Verlag von A. W. Rasemann,  
Danzig.  
Stierzu eine Beilage.

# Beilage zu No. 9606 der Danziger Zeitung.

Danzig, 26. Februar 1876.

## Schweiz.

Die Unterzeichnungen für die Murten-Schlachtfeier haben bis jetzt die Summe von 68 214 Frs. 50 Cts. ergeben, wovon 42 913 Frs. 50 Cts. auf den Canton Freiburg und der Rest auf die übrige Eidgenossenschaft kommt. Außerdem liefert der Staat Freiburg und die Gemeinde Murten das Holz gratis zum Bau der Festhalle und übernimmt ersterer noch die Kosten der Ausschmückung und Beleuchtung der Staatsgebäude so wie den Unterhalt der notwendigen Truppen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Febr. Nach einer Meldung des „Pesti Naplo“ hätte die ungarische Regierung der Trennung der Südbahn zugestimmt und wäre dabei gleichzeitig zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung die Abtrennung des ungarischen Südbahnnetzes festgestellt worden. Sobald der ungarische Reichstag die Konvention mit Italien über die Südbahn genehmigt habe, würden Commissionen der Regierungen beider Reichshälften die Detail-Vorarbeiten zur Durchführung der Trennung vornehmen.

## Italien.

Rom, 20. Febr. Die Florentiner „Gaz. d'Italia“ hat berichtet, daß Garibaldi sich jetzt zur Annahme der Pension von 50 000 Lire und 50 000 Lire in Rententiteln verstanden habe. Heute bringt die „Capitale“ einen Brief Garibaldi's an die „Gaz. d'Italia“, er sagt darin, daß ein Lügner ein Räuber sei und umgekehrt. Er habe weder die 100 000 Lire angenommen, noch abtritt, und fordert die „Gazzetta d'Italia“ auf, den Namen des Lügners öffentlich bekannt zu geben.

## England.

London, 24. Febr. Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, erwiderte auf eine Anfrage Hartington's, es könne bezüglich der Lonnengelder für die den Suezkanal passierenden Schiffe keinesfalls eine Aenderung eintreten, bevor dieselbe nicht vom Schiedsgericht, von der Pforte und von den dabei interessirten Seemächten in Erwägung gezogen und genehmigt worden sei. Die zwischen Lessps und dem Oberst Stoddes geführten Verhandlungen hätten einen sehr befriedigenden Fortgang genommen und werde Oberst Stoddes in der Kürze nach England zurückkehren. Auf weitere Details jetzt einzugehen, halte er nicht opportun. (W. L.)

Unterhaus. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über das von der Regierung erlassene Circular, betreffend die Aufnahme der an Bord englischer Schiffe geflüchteten Sklaven erdffnet. Das Haus billigte mit einer Majorität

von 45 Stimmen die Ernennung der königlichen Commission zur Vorberathung dieser Vorschriften, lehnte es aber ab, das Circular während der Arbeiten der Commission zu suspendiren.

Deal, 24. Febr. Die wegen der Verunglückten vom „Strathclyde“ zusammengesetzte Leichenschau-Jury hat den Wahrspruch abgegeben, daß der Capitän Reyn der „Franconia“ der Tödtung sich schuldig gemacht habe. Gleichzeitig hat dieselbe sich darüber, daß der Capitän, ohne Hilfe zu leisten, weiter gefahren sei und ebenso auch über das Verhalten der Besatzung des Schleppschiffs „Palmerston“ mißbilligend ausgesprochen. Gegen Capitän Reyn ist, wie dies bei einem auf Tödtung lautenden Wahrspruch jederzeit geschieht, ein Haftbefehl erlassen worden; gegen eine mit 1000 Pfd. Sterl. geleistete Bürgschaft wurde derselbe indes auf freiem Fuß belassen. (W. L.)

## Rußland.

Petersburg, 25. Febr. Das Ministercomité hat mit der Angelegenheit der Schiffsahrtscompagnie für das Schwarze Meer, wie bestimmt versichert werden kann, sich noch gar nicht befaßt und sind daher auch alle Nachrichten, welche eine stattgehabte oder für den 22. d. Mts. angesetzte Berathung behaupten, unrichtig. — Die feierliche Beisetzung der Leiche der Großfürstin Maria Nicolajewna hat heute Morgen nach dem hergebrachten Ceremoniell in Gegenwart der Mitglieder der kaiserlichen Familie, des diplomatischen Corps etc. stattgefunden. (W. L.)

Warschau, 22. Febr. Die hiesige officielle Presse war bis zum Anfang des vorigen Jahrzehnts durch eine „Regierungszeitung“ („Gazeta rządowa“) vertreten gewesen, welche ihre Mittheilungen in russischer und polnischer Sprache nebeneinander brachte. In der Wielopolstischen Aera (1861) wurde dann statt jenes Blattes eine große „Allgemeine Zeitung“ („Dziennik Powszechny“) in polnischer Sprache begründet, welche nicht bloß die amtlichen Veröffentlichungen enthielt, sondern auch die Dienste eines officiösen Organs der Regierung im westeuropäischen Sinne verrichtete. Diese Glanzzeit der hiesigen Publicistik — wir dürfen sie so nennen, da sie mit einer umfassenden und tiefgreifenden Umgestaltung der Tagespresse überhaupt verbunden war — erfreute sich nur einer kurzen Dauer. Mit dem Mißlingen des Wielopolstischen Versuches einer Landesautonomie unter dem Großfürsten Konstantin und der Wiederherstellung des Russificationsystems unter dem Grafen Berg wurde der „Dziennik Powsz.“ wieder in einen streng officiellen „Dziennik Warszawski“

umgewandelt und demselben eine russische Ausgabe „Dajewnik Warszawski“ an die Seite gestellt. Gegenwärtig glaubt nun die Regierung vollkommen auf den Status vor 1860 zurückgehen, ja noch weniger Rücksicht auf das Polenthum mehr nehmen zu müssen; der heutige „Dziennik“ zeigt an, daß der Kaiser auf Vorstellung des Ministers des Innern „zum Zweck von Verbesserungen in der amtlichen Ausgabe der hiesigen Zeitungen“ befohlen hat: den polnischen „Dziennik“ eingehen und fernerhin nur den russischen „Dajewnik“ fortbestehen zu lassen, in welchem letzteren „die amtlichen Bekanntmachungen und Alles, was nach Anweisung der Oberbehörde oder nach Befinden des (von der Regierung bestellten) Redacteurs nöthig und nützlich erscheint“ auch in polnischer Uebersetzung aufgenommen werden darf. Dem umgestalteten Organ ist in Zukunft noch ein — selbstverständlich russischer — literarisch-bibliographischer Theil beizufügen. Diese neue Einrichtung soll bereits mit dem 2. März in Kraft treten. (Schl. Stg.)

## Rumänien.

Bukarest, 25. Febr. Die Kammeression ist bis zum 13. März verlängert worden. In Folge der Ueberschwemmungen ist schon seit mehreren Tagen keine abendländische Post hier eingetroffen.

## Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 25. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 156 $\frac{1}{2}$ %, Franzosen 252%, Lombarden 100 $\frac{1}{2}$ %, Galizier 173, Reichsbank —, 1860er Loose —, Recht fest.

Bremen, 25. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 12,00 bez., für Februar 12,00 bez., für März 12,00 bez., für April 12,00 bez. Fest. Amsterdam, 25. Februar. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedriger, für März 268, für Mai —. Roggen loco und auf Termine unverändert, für März 171, für Mai 177, für Juli 179. — Raps für Frühjahr 382, für Herbst 392 Fl. — Rübbel loco 38, für Mai 37 $\frac{1}{2}$ %, für Herbst 37 $\frac{1}{2}$ %.

Wien, 25. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 67,95, Silberrente 72,80, 1854r Loose 106,75, Nationalb. 885,00, Nordbahn 1835, Creditactien 176,50, Franzosen 284,75, Galizier 195,75, Kaschau-Oberberger 117,50, Pardubitzer 133,00, Nordwestbahn 139,00, do. Lit. B. 53,00, London 114,80, Hamburg 56,05, Paris 45,55, Frankfurt 56,05, Amsterdam —, Creditloose 164,50, 1860r Loose 111,30, Lomb. Eisenbahn 114,40, 1864r Loose 135,70, Unionbank 74,00, Anglo-Anstria 90,90, Napoleons 9,20, Dufaten 5,39, Silbercoupons 104,30, Elisabethbahn 162,50, Ungarische Prämienloose 74,20, Deutsche Reichsbanknoten 56,45, Türkische Loose 26,25.

London, 25. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-

bericht.) Weizen unverändert, angelommene Ladungen ruhig, stetig. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 34 020, Gerste —, Hafer 30 340 Orts. — Wetter: Regen!

London, 25. Februar. (Schluß-Course.) Consols 94 $\frac{1}{2}$ %, 5 $\frac{1}{2}$ %, Italiensische Rente 71 $\frac{1}{2}$ %, Lombarden 10 $\frac{1}{2}$ %, 3 $\frac{1}{2}$ %, Lombarden-Prioritäten alte 9 $\frac{1}{2}$ %, 3 $\frac{1}{2}$ %, Lombarden-Prioritäten neue —, 5 $\frac{1}{2}$ %, Russen de 1871 —, 5 $\frac{1}{2}$ %, Russen de 1872 98 $\frac{1}{2}$ %, Silber 53 $\frac{1}{2}$ %, Türkische Anleihe de 1865 20 $\frac{1}{2}$ %, 5 $\frac{1}{2}$ %, Türken de 1869 23 $\frac{1}{2}$ %, 6 $\frac{1}{2}$ %, Vereinigte Staaten für 1885 105 $\frac{1}{2}$ %, 6 $\frac{1}{2}$ %, Vereinigte Staaten 5 $\frac{1}{2}$ %, fundirt 106 $\frac{1}{2}$ %, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrente —, 6 $\frac{1}{2}$ %, ungarische Schatzbons 92 $\frac{1}{2}$ %, 6 $\frac{1}{2}$ %, ungarische Schatzbons 2, Emission 90 $\frac{1}{2}$ %, Spanier 19 $\frac{1}{2}$ %, 5 $\frac{1}{2}$ %, Bernauer 34 $\frac{1}{2}$ %. — In die Bank flossen heute 20 000 Pfd. Sterl. Wechselnotungen: Berlin 20,65, Hamburg 3 Mon. 20,65, Frankfurt a. M. 20,65, Wien 11,72, Paris 25,40, Petersburg 30 $\frac{1}{2}$ %,

Liverpool, 25. Febr. (Baumwolle.) (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6 $\frac{1}{2}$ %, middling amerikanische 6 $\frac{1}{2}$ %, fair Dhollerah 4 $\frac{1}{2}$ %, middl. fair Dhollerah 8 $\frac{1}{2}$ %, good middl. Dhollerah 3 $\frac{1}{2}$ %, middl. Dhollerah 3 $\frac{1}{2}$ %, fair Bengal 4, good fair Broad 4 $\frac{1}{2}$ %, new fair Dombra 4 $\frac{1}{2}$ %, good fair Dombra 4 $\frac{1}{2}$ %, fair Madras 4 $\frac{1}{2}$ %, fair Bernan 7, fair Smyrna 5 $\frac{1}{2}$ %, fair Egyptian 6 $\frac{1}{2}$ %. — Matt. Preise nominell. Auf Lieferung und Anfinfte zu  $\frac{1}{2}$ sd billigeren Preisen Käufer. — Upland nicht unter low middling März-Lieferung 6, Mai-Juni-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$ %, Juni-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$ d. — Baumwollen-Wochenbericht. Schwimmend nach Großbritannien 367 000 Ballen, davon amerikanische 278 000 Ballen.

Paris, 25. Febr. (Schlußbericht.) 3 $\frac{1}{2}$ %, Rente 65,85, Anleihe de 1872 102,97 $\frac{1}{2}$ %, Italiensische 5 $\frac{1}{2}$ %, Rente 71,35, Ital. Tabaks-Actien —, Italiensische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 623,75, Lombardische Eisenbahn-Actien 253,75, Lombardische Prioritäten —, Türken de 1865 20,25, Türken de 1869 127,00, Türkenloose 53,00, — Credit mobilier 192, Spanier extér. 18 $\frac{1}{2}$ %, do. inter. 16,68, Suezcanal-Actien 768, Banque ottomane 442, Societé générale 527, Egypter 315. Bewegt, Schluß besser.

Paris, 25. Febr. Productenmarkt. Weizen fest, für Februar 27,00, für März 27,00, für April 27,25, für Mai-August 28,25, Wehl matt, für Februar 57,75, für März 57,75, für April 58,50, für Mai-August 60,00, Rübbel fest, für Februar 91,50, für April 86,75, für Mai-August 83,00, für September-Dezember 81,00, Spiritus steig., für Februar 46,00, für Mai-August 48,00.

Antwerpen, 25. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, Roggen stetig. Hafer matt. Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29 $\frac{1}{2}$  bez., 30 Br., für Februar 29 $\frac{1}{2}$  bez., und Br., für März 28 $\frac{1}{2}$  bez., 28 $\frac{1}{2}$  Br., für April 28 $\frac{1}{2}$  Br., für September 30 Br. — Steigend.

